

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Bedingungen:
Einzelnummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit Illustration 10 Pf.
Abonnement: 1.50 Mark pro Monat
eingetragen in die Post-Verzeichnisse.

Original folgt.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verantwortlicher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 24. Januar 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verantwortlicher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Insertions-Gebühr
betragt für die sechsstelligen Nummern
je nach dem Raum 60 Pf. für
politische und gesellschaftliche Berichte
und Besprechungen 30 Pf.
„Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt
Wort 20 Pf. (zweiwöchig 30 Pf.
gedruckt), jedes weitere Wort 10 Pf.
Stellenangebote und Entlassungs-
anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes
weitere Wort 5 Pf. (Lohn über 15 Buch-
staben zahlen für zwei Worte). Inserate
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
eingeliefert werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Wilson's neue Friedensbotschaft.

Frieden ohne Demütigung.

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat in seiner
Botenschaft an den Senat Grundzüge für den künftigen euro-
päischen Frieden aufgestellt, die für die Regierungen der
Mittelmächte ebenso diskutabel sind wie die in der Entente-

antwort aufgestellten Kriegsziele für sie indiskutabel sind.
Die Botschaft ist freilich ein diplomatisches Schriftstück,
und in der Atmosphäre Europas, die mit Mißtrauen gefüllt ist,
wird man nicht nur danach fragen, welche Grundzüge sie
enthält, sondern in welcher Absicht diese Grundzüge in diesem
Augenblick verkündet werden. Denn Wilson von einem
Frieden ohne Sieg und ohne Demütigung spricht, so ist das
das gerade Gegenteil von dem, was die Entente will.
Denn sie will siegen und Deutschland demütigen. Was über
die Freiheit der Meere gesagt wird, kann als Spitze gegen
England gedeutet werden, aber auch als Unterstützung russi-
scher Ansprüche auf die freie Dardanellendurchfahrt, die hin-
wiederum — wenn die Souveränität des türkischen Bundes-
genossen nicht angefaßt wird — für Deutschland kein Thema
darstellt, über das sich nicht reden ließe.

Ein autonomes Polen ist gerade das, was Deutschland
will. Aber ein geeinigtes Polen bedeutet für uns die
Abtrennung lebenswichtiger Teile des Deutschen Reiches, die
Unterstellung von Millionen Deutschen unter polnische Herr-
schaft. Wir wollen, daß die Polen in Deutschen Reich so
frei sein sollen, wie in den Vereinigten Staaten von Amerika
oder wie die Italiener in der Schweiz. Aber wir wollen
ebenfalls, daß Polen aufhört, ein Bestandteil des deut-
schen Reiches zu sein, wie etwa Wilson will, daß Witwaufer
sich von den Vereinigten Staaten löst und sich als Enklave
des Deutschen Reiches konstituiert.

Aus gesagt, wir wollen die Autonomie der Völker,
wollen sie aber nicht so ausgelegt, daß die Ausführung dieses
Grundzuges ihn in sein Gegenteil verwandelt, so daß schließ-
lich das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes in
Frage gestellt wäre. Wir wollen nicht, daß das Selbstbe-
stimmungsrecht der Völker nach der einen Seite in destruktiver
Weise ausgeübt, nach der andern Seite aber mißachtet
wird, daß es zum bloßen Vorwand mißbraucht wird, um
eine der beiden kriegführenden Mächtegruppen zu demütigen.

Das kann aber auch Präsident Wilson nicht wollen, da
er ausdrücklich einen Frieden ohne Demütigung fordert.

Die Unterredung, ob die Adresse Wilsons „deutsch-
freundlich“ oder „ententefreundlich“ sei, wird wahrscheinlich
in der europäischen Presse eine zeitlang fortgesetzt werden.
Wir glauben, sie ist keines von beiden, sondern sie will wirk-
lich neutral sein, und ist von der Absicht eingegeben, der Sache
zu dienen.

Wilson hat den größten Ehrgeiz, den ein Mensch in
dieser Zeit haben kann, er will der Friedensstifter der Welt
sein, und damit entspricht er zweifellos den Wünschen des
weitest größten Teils seines Volkes, das unter den Rück-
wirkungen des Krieges schwer leidet, obwohl ein Teil der
Kapitalisten Mißgewinn macht. In dem Wunsch
nach baldiger Wiederherstellung eines dau-
ernden Friedens besteht also Übereinstim-
mung zwischen der amerikanischen Regie-
rung und den Regierungen der Mittelmächte.

Mit großer Energie hat Wilson den Gedanken der
überstaatlichen Organisation aufgegriffen. In
Stelle der miteinander rivalisierenden und gegeneinander
intrigierenden Bündnisgruppen will er einen Konzern der
Staaten sehen, in dem „sich alle vereinigen, um in demselben
Geiste zu demselben Zwecke zu handeln“. Die Ausführung
dieses Gedankens entspricht vollkommen unseren sozialdemo-
kratischen Auffassungen, sie ist aber nur dann möglich, wenn
die andere Bedingung Wilsons erfüllt und ein Frieden ohne
Demütigung geschlossen wird, das heißt, wenn die Ent-
ente ihre auf Verdrängung der Mittelmächte gerichteten
Pläne aufgibt.

Daß sie das tut, ist für die nächste Zeit leider nicht zu
erwarten, die furchtbaren Kämpfe, mit denen das nächste Früh-
jahr droht, werden uns nicht erspart bleiben. Wenn aber
auch diese Kämpfe die Gegner ihrem Ziel nicht näher bringen,
so kann die Zeit für Wilson reif sein. Bis dahin werden seine
Aufsührungen auf den Kriegswillen der Erobererstaaten er-
schütternd wirken, während sie ähnliche Wirkungen bei den
Völkern der Mittelmächte, die ohnehin nichts anderes wollen
als ihre Verteidigung, nicht haben können.

Die Adresse Wilsons zeigt in ihren Grundzügen eine
weitgehende Übereinstimmung mit der Forderung der
„gegenseitigen Achtung“ und „vollkommenen Gleichberechtigung“,
die die Mittelmächte in ihrer Note an die Neu-
tralen vertreten haben. Sie enthält nichts, was darauf
schließen läßt, daß das Wort Gerards über die guten Be-
ziehungen zwischen Deutschland und Amerika nicht mehr gelte.

Wir haben niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß wir
die Aufrechterhaltung dieser guten Beziehungen im Interesse
beider Völker dringend wünschen. In der ungestörten
Weiterentwicklung dieser guten Beziehun-
gen und in der Friedenspolitik Wilsons er-
blicken wir auch heute noch eine Hoffnung
für die Zukunft Europas.

Wilson's Botschaft an den Senat.

Wien, 22. Januar. (Meldung des Wiener N. N. Telegr.-
Korresp.-Bureaus.) Nach einer Mitteilung der hiesigen ameri-
kanischen Botschaft richtete Wilson am heutigen Tage an den
Senat der Vereinigten Staaten betreffs der Friedensfrage
nachstehende Botschaft:

Meine Herren vom Senat! Am 18. Dezember des vorigen
Jahres habe ich an die Regierungen der gegenwärtig kriegsführen-
den Staaten eine gleichlautende Note gerichtet, in der sie ersucht
wurden, die Bedingungen, unter denen sie den Friedens-
schluß für möglich hielten, genauer festzustellen, als dies bis
dahin von irgendeiner kriegsführenden Gruppe geschehen war. Ich
sprach im Namen der Menschheit und der Rechte aller neutralen
Staaten, wie unser eigener einer ist, deren vitalste Interessen zum
großen Teil durch den gegenwärtigen Krieg gefährdet werden. Die
Mittelmächte erwiderten sie in einer Note, die einfach be-
sagte, daß sie bereit seien, mit ihren Gegnern zu einer Konferenz
zusammenzutreten, um die Friedensbedingungen zu erörtern. Die
Mächte der Entente haben viel ausführlicher geant-
wortet, und wenn auch nur in allgemeinen Umrissen, so doch mit
genügender Bestimmtheit, um Einzelfragen einzube-
ziehen, die Vereinbarungen, Bürgschaften und Wiederherstellungen
(acts of reparation) angegeben, die ihnen als die unumgänglichen
Bedingungen einer befriedigenden Lösung erscheinen. Wir sind
dadurch der endgültigen Erörterung des Friedens,
der den gegenwärtigen Krieg beenden soll, um so viel näher
gekommen. Wir befinden uns um so viel näher der Erörte-
rung des internationalen Konsens, das nachher die Welt zur Beob-
achtung ihrer Verpflichtungen anhalten muß.

In jeder Erörterung über den Frieden, der diesen Krieg been-
den muß, wird es als zweifellos hingenommen, daß diesem
Frieden irgend

ein bestimmtes Einvernehmen der Mächte

(concert of powers) folgen muß, welches es wirklich unmöglich
machen wird, daß irgendeine Katastrophe, wie die gegenwärtige,
jemals wieder über uns hereindrückt. Jeder Menschenfreund, jeder
vernünftige und denkende Mann muß dies als ausgemacht ansehen.
Ich habe diese Gelegenheit, mich an Sie zu wenden, gesucht, weil
es Ihnen, als dem mir zur endgültigen Feststellung unserer
internationalen Verpflichtungen beigegebenen Rate, schuldig zu
sein glaubte, Ihnen rückhaltlos die Gedanken und die Absichten zu
enthüllen, welche in meinem Geiste Gestalt angenommen haben be-
züglich der Verpflichtung unserer Regierung, in kommenden Tagen,
wenn es notwendig sein wird, die Grundmauern des Frie-
dens unter den Völkern nach einem neuen Plane zu
legen. Es ist undenkbar, daß das Volk der Vereinigten
Staaten bei diesem großen Unternehmen keine
Rolle spielen sollte. Die Teilnahme an solchem Dienste wird
die Gelegenheit sein, für welche unser Volk sich schon durch die Prin-
zipien und Zwecke seiner Politik und die bewährte (approved)
Praxis seiner Regierung seit jeder vorbereiteten gesucht hat seit den
Tagen, da es eine neue Nation begründete in der hohen und ehren-
werten Hoffnung, daß diese in allem ihren Sein und Tun der
Menschheit den Weg zur Freiheit zeigen würde. Unser Volk kann
in Ehren nicht absehen von dem Dienste, zu dem es nunmehr im
Begriffe ist, aufgerufen zu werden. Es wünscht auch nicht, diesen
Dienst zu verlagern, aber es ist sich selbst und den anderen
Nationen der Welt schuldig.

die Bedingungen festzustellen,

unter denen es sich imstande fühlen wird, Hilfe zu
bringen. Dieser Dienst besteht in nichts weniger als in folgen-
dem: Ihr Gewicht und ihre Macht zu dem Gewicht und der Kraft
anderer Nationen hinzuzufügen, um Frieden und Recht
auf der ganzen Welt zu sichern.

Solch eine Regelung kann jetzt nicht lange mehr verschoben
werden; es ist in Ordnung, daß, bevor es dazu kommt, unsere Re-
gierung freimütig die Bedingungen formuliert, unter denen
sie sich für berechtigt hielt, von unserer Seite die Zustimmung
zum formellen und feierlichen Beitritt zu einer
Friedensliga zu verlangen. Es ist mein Zweck, die Fest-
stellung dieser Bedingungen zu versuchen. Zuerst muß der gegen-
wärtige Krieg beendet werden, aber wir sind es der Rechtfertigung
und aufrichtigen Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung schul-
dig, zu sagen, daß es, insofern unsere Teilnahme an den Verhand-
lungen des künftigen Friedens in Frage kommt, einen großen

Unterschied macht, auf welchem Wege und unter wel-
chen Bedingungen dieser Krieg beendet wird. Die
Verträge und Übereinkommen, die ihn beenden, müssen Bedin-
gungen verewirlichen, die einen Frieden schaffen, welcher wert ist,
verbürgt und erhalten zu werden.

einen Frieden, der den Beifall der Menschheit erlangen wird,

und nicht nur einen Frieden, der den Einzelinter-
essen und augenblicklichen Zwecken der beteiligten
Staaten dienen wird. Wir wollen keine Stimme bei der Fest-
stellung dessen haben, was diese Bedingungen sein sollen, aber wir
wollen — ich bin davon überzeugt — eine Stimme haben bei der
Festsetzung, ob diese Bedingungen von Völkern eines all-
umfassenden Bundes (universal covenant) bleibend gemacht
werden sollen oder nicht. Und unser Urteil über dasjenige, was
eine grundlegende und wesentliche

Bedingung der Beständigkeit

ist, sollte jetzt und nicht nachher ausgesprochen werden, wenn es
zu spät sein könnte. Kein auf dem Zusammenwirken
beruhender Friedensbund, der nicht die Völker
der neuen Welt in sich schließt, kann ausreichen,
um die Zukunft vor dem Krieg zu sichern, und doch gibt
es nur eine Art Frieden, dessen Verbürgung die Völker von
Amerika sich zugesellen könnten.

Die Elemente dieses Friedens

müssen Elemente sein, welche das Vertrauen der
amerikanischen Regierung verdienen und ihren
Prinzipien Genüge leisten, Elemente, welche zu dem politischen
Glauben und den praktischen Überzeugungen stimmen, die die
Völker von Amerika sich zu eigen gemacht und zu verteidigen unter-
nommen haben.

Ich will nicht sagen, daß irgendeine amerikanische Regierung
irgendwie sich irgendwelchen Friedensbedingungen entgegenstellen
würde, auf welche die gegenwärtigen kriegsführenden Regierungen
sich einigen möchten, noch daß sie es versuchen würde, solche Ver-
einbarungen, wenn sie geschlossen sind, umzusetzen, von welcher
Art sie auch immer sein mögen. Ich halte es lediglich für ausge-
macht, daß bloße Friedensvereinbarungen zwischen den kriegs-
führenden nicht einmal die kriegsführenden selbst befriedigen
werden. Hohe Vereinbarungen dürften den Frieden nicht sichern,
es wird unbedingt nötig sein, daß eine Kraft geschaffen
wird, die imstande ist, die Dauerhaftigkeit der Abmachungen zu
verbürgen, eine Kraft, weit größer als diejenige irgendeiner der
jezt in Mitleidenschaft gezogenen Nationen oder irgendeines bisher
gebildeten oder geplanten Bündnisses, so daß keine Nation und keine
wahrscheinliche Vereinigung von Nationen ihr die Seiten bieten oder
ihre widerstehen könnte. Wenn der jetzt zu schließende Frieden
dauerhaft sein soll, so muß es ein Frieden sein, der gesichert er-
scheint durch

eine organisierte größere Kraft der Menschheit.

Von den Bestimmungen des unmittelbaren Friedens, auf den man
sich geeinigt haben wird, wird es abhängen, ob es ein Frieden ist,
für den eine solche Bürgschaft gesichert werden kann. Die Frage,
von der für die Zukunft Friede und Glück in der Welt in ihrer
Gesamtheit abhängt, ist die: Ist der gegenwärtige Krieg ein Kampf
um einen gerechten und sicheren Frieden oder nur für ein neues
Gleichgewicht der Kräfte (balance of power)? Wenn es nur ein
Kampf für ein neues Gleichgewicht ist, wer will, wer kann die Sta-
bilität der neuen Vereinbarung verbürgen? Nur ein ruhiges
Europa kann ein dauerhafter Europa sein. Nicht Gleichge-
wicht, sondern eine Gemeinsamkeit der Macht ist not-
wendig, nicht organisierte Nebenbuhlerschaft, sondern

organisierter Gemeinfriede.

Glücklicherweise haben wir über diesen Punkt sehr ausführ-
liche Versicherungen erhalten. Die Erklärungen der beiden jezt
gegeneinander aufgetretenen Völkerguppen stellen in nicht miß-
verständlicher Weise fest, daß es nicht in ihrer Absicht liege,
ihre Gegner zu vernichten. Aber es mag vielleicht nicht
allen klar sein, was diese Erklärungen in sich schließen. Die Auf-
fassung über mag vielleicht auch nicht dieselbe auf beiden
Seiten des Wassers sein. Ich denke, daß es dienlich sein möchte,
wenn ich auseinanderzusetzen versuche, was nach unserer Meinung
in diesen Versicherungen begriffen ist. Es ist darin von allen be-
griffen,

daß es Frieden werden muß ohne Sieg.

Es möge mir gestattet sein, dies auf meine Art anzulegen, und
es möge wohl verstanden werden, daß ich keine andere Deutung
im Sinne hatte. Ich suche lediglich die Wirklichkeit ins Auge zu
fassen, ohne Heimlichkeiten, die nicht am Tage wären. Ein Sieg
würde einen Frieden bedeuten, der den Unterlegenen aufzuzwingen
wird, das den Besiegten auferlegte Gesetz des Siegers. Er würde
als Demütigung, als Härte, als unerträgliches Opfer angenommen
werden, er würde einen Stachel, Rache, ein bitteres Gedächtnis

hinterlassen, auf dem das Friedensgebäude nicht in dauerhafter Weise, sondern nur wie auf Klugland ruhen würde. Nur ein

Friede unter Gleichen

kann Dauer haben. Nur ein Friede, dessen Grundprinzip Gleichheit und gemeinsame Teilhaberschaft am gemeinsamen Nutzen ist, ist die richtige Verfassung. Die richtige Verfassung unter den Nationen ist für einen dauerhaften Frieden ebenso notwendig, wie die gerechte Lösung von Streitigen Gebietsfragen oder von Fragen über Rassen- und Stammeszugehörigkeit (Racial and national allegiance). Die Gleichheit der Nationen, auf die der Friede, wenn er dauerhaft sein soll, gegründet sein soll, gegründet sein muß, muß die

Gleichheit der Rechte

sein. Die gegenseitigen Bürgschaften dürfen den Unterschied zwischen Großen und Kleinen, mächtigen und schwachen Völkern, weder ausdrücklich anerkennen, noch stillschweigend in sich begreifen. Das Recht muß gegründet sein auf die gemeinsame Kraft, nicht auf individuelle Nationen, von deren Zusammenwirken der Friede abhängen wird. Gleichheit der Gebiete oder Hilfsmittel kann es natürlich nicht geben. Ebensovornig irgendeine andere Art der Gleichheit, die nicht in der gleichmäßigen friedlichen geschäftsmäßigen Entwicklung der Völker selbst erworben werde. Aber niemand verlangt oder erwartet irgend etwas, das über die Gleichheit der Rechte hinausgeht. Die Menschheit hält jetzt Ausschau nach der Freiheit des Lebens, nicht nach dem Gleichgewicht der Macht.

Und etwas Tieferes kommt in Betracht, als selbst die Gleichberechtigung unter den organisierten Völkern: Kein Friede kann dauern oder verbieten zu dauern, der nicht den Grundsat anerkenn und annimmt, daß die Regierungen alle ihre gerechte Macht von der Zustimmung der Regierten ableiten, und daß es nirgends ein Recht gibt, Völker von Machthaber zu Machthaber abzutreten, als wenn sie Eigentum wären. Ich halte es z. B. wenn ich ein einzelnes Beispiel sagen soll, für ausgemacht, daß die Staatsmänner überall darin einig sind, daß es ein einziges, unabhängiges, selbständiges Polen geben sollte, und daß weiter

unverrückte Sicherheit des Lebens, des Gottesdienstes, der individuellen und sozialen Entwicklung allen Völkern gewährleistet werden sollte, die bis jetzt unter der Macht von Regierungen gelebt haben, die einem Glauben und einem Zwecke gewidmet sind, der ihrem eigenen feindlich ist. Wenn ich hieron spreche, so geschieht dies nicht, weil ich wünsche, ein abstraktes politisches Prinzip zu bestimmen, das denen, welche die Freiheit in Amerika aufzubauen gesucht haben, immer sehr teuer war, sondern aus denselben Gründen, aus denen ich von den anderen Friedensbedingungen gesprochen habe, welche mir in klarer Weise unerlässlich scheinen, weil ich aufrichtig wünsche, Wirklichkeiten aufzudecken. Jergendein Friede, der diesen Grundsat nicht anerkennt und annimmt, wird unvermeidlich umgestoßen werden. Er wird nicht auf den Reigungen oder Ueberzeugungen der Menschheit fußen. Das Zerment des Geistes ganzer Völker wird gegen ihn gerichtet und beständig anklämpfen und die ganze Welt wird mit ihnen sympathisieren. Die Welt kann nur dann friedlich sein, wenn ihr Leben auf dauerhafter Grundlage beruht, und eine dauerhafte Grundlage kann nicht vorhanden sein, wo der Wille sich auflehnt, wo keine Ruhe des Geistes und kein Gefühl der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Rechtes besteht.

Soweit als möglich sollte überdies jedes große Volk, das sich nach einer vollen Entwicklung seiner Hilfsmittel strebt, eines

direkten Ausganges zu den großen Meerestrafen der See

versichert sein. Wo dies durch Gebietsabtretung nicht bewerkstelligt werden kann, wird es sicherlich durch Neutralisierung der Zugangswege unter allgemeiner Garantie erreicht werden können, was an und für sich eine Friedenssicherung bedeuten würde. Keine Nation braucht vom Zugang zu den offenen Wegen des Weltverkehrs ferngehalten zu werden. Und der Seeweg muß gleichfalls durch geschliche Bestimmungen wie auch tatsächlich frei sein.

Freiheit der Meere

ist eine conditio sine qua non für den Frieden, für Gleichheit und Zusammenarbeit. Viele derzeit in Geltung stehende Regeln internationaler Uebung werden zweifelsohne einer radikalen Umarbeitung unterworfen werden müssen, um die Freiheit der Meere tatsächlich zu gewährleisten, und deren gemeinsame Benützung für die Menschen unter allen Umständen zu sichern. Aber der Beweggrund zur Einführung derartiger Aenderungen ist überzeugend und zwingend. Ohne diese Aenderung kann es kein Vertrauen und keine guten Beziehungen unter den Völkern geben.

Der ununterbrochene freie und unbedrohte Verkehr von Volk zu Volk

ist ein wesentlicher Teil des Friedens und des Entwicklungsprozesses. Es braucht nicht schwer zu sein, die Freiheit der Meere zu definieren oder sicherzustellen, wenn die Regierungen der Welt den aufrichtigen Willen haben, diesbezüglich zu einer Verständigung zu gelangen.

Dies ist ein Problem, welches mit der Begrenzung der maritimen Rüstungen und der Zusammenarbeit der Flotten der Welt, um die Meere sowohl frei als gesichert zu erhalten, eng verknüpft ist. Und die Frage der Begrenzung der maritimen Rüstungen bringt auch eine größere und vielleicht schwierigere Frage aufs Tapet: Die Vandalen und jedes Programm militärischer Vorbereitung eine Beschränkung erfahren könnten. So schwierig und heikel diese Fragen auch sein mögen, sie müssen mit absoluter Unvoreingenommenheit betrachtet und im Geiste wirklichen Entgegenkommens gelöst werden, wenn anders der Friede eine Besserung bringen und von Dauer sein soll. Ohne Opfer und Konzessionen ist Friede unmöglich. Der Geist der Ruhe und Sicherheit wird niemals unter den Völkern heimisch werden, wenn große schwerwiegende Rüstungsmaßnahmen da und dort auch in Zukunft nachgreifen und fortgesetzt werden sollten. Die Staatsmänner der Welt müssen für den Frieden arbeiten, und die Völker müssen ihre Politik diesem Gesichtspunkte anpassen, so wie sie sich bisher auf den Krieg, auf den erbarmungslosen Kampf und auf den Weltkrieg vorbereitet haben.

Die Frage der Rüstungen,

einleitend, ob zu Wasser oder zu Lande, ist jene Frage, welche am unmittelbarsten und einschneidendsten mit dem künftigen Geschick der Völker und des Menschengeschlechtes verknüpft ist. Ich habe über diese großen Dinge rückhaltlos und mit der größten Deutlichkeit gesprochen, weil mir ein solches Vorgehen notwendig erschien, wenn anders der sehnliche Wunsch der Welt nach Frieden irgendwas frei zum Worte und zum Ausdruck gelangen sollte. Ich bin vielleicht der einzige Mensch in hoher, verantwortungsvoller Stellung unter allen Völkern der Welt, der sich frei

ausdrücken kann und nicht zu verschweigen braucht. Ich spreche als Privatmann und doch natürlich zugleich auch als das verantwortliche Haupt einer großen Regierung. Und ich bin überzeugt, daß ich gesagt habe, was das Volk der Vereinigten Staaten von mir erwartet. Darf ich noch hinzufügen, daß ich, wie ich hoffe und glaube, tatsächlich für die Freisinnigen und für die Freunde der Menschheit und jedes freiheitlichen Programms in jedem Volke spreche. Gern würde ich mich dem Glauben hingeben, daß ich auch im Sinne der stummen Masse der Menschheit allerorten spreche, die noch keine Stelle und noch keine Gelegenheit gehabt hat, ihre wirklichen Gefühle über das Hinsterben und den Ruin zum Ausdruck zu bringen, von dem sie Menschen und Stätten heimgesucht sieht, die ihrem Herzen am teuersten sind. Und wenn ich der Erwartung Ausdruck gebe, daß sich Volk und Regierung der Vereinigten Staaten den übrigen zivilisierten Völkern der Erde zur Sicherung eines dauernden Friedens auf Grund der von mir dargelegten Bedingungen anschließen werden, so spreche ich mit um so größerer Kühnheit, mit um so größerer Zuversicht, da für jeden Denker klar ist, daß in einer solchen Zusage kein Abweichen, weder von unseren nationalen Ueberlieferungen, noch von unserer nationalen Politik, sondern vielmehr Erfüllung alles dessen liegt, was wir verkündet oder wofür wir gekämpft haben.

Ich schlage mithin vor, es mögen sich die Völker einmütig die Doktrin des Präsidenten Monroe als Doktrin der Welt zu eigen machen, daß kein Volk danach streben sollte, seine Regierungsform auf irgendein anderes Volk oder eine andere Nation zu erstrecken, und daß vielmehr es jedem Volke, einem kleinen sowohl wie einem großen und mächtigen, freistehen sollte, seine Regierungsform und seinen Entwicklungsgang unbehindert, unbedroht und unerschrocken selbst zu bestimmen.

Ich schlage vor, es mögen in Zukunft alle Völker unterlassen, sich in Bündnisse zu verwickeln, die sie in den Wettbewerb um die Macht hineinziehen, in ein Netz von Intrigen eigennütziger Nebenbuhlerschaft verstricken und ihre eigenen Angelegenheiten durch Einflüsse verwirren, die von außen hineingetragen werden. In einem Kongress der Mächte gibt es

keine verwickelnden Mänteln.

Wenn sich alle vereinigen, um in demselben Geiste zu demselben Zwecke zu handeln, so wirken alle in gemeinsamem Interesse und genießen die Freiheit und ihr eigenes Leben unter gemeinsamem Schutze.

Ich schlage vor: Eine Regierung unter Zustimmung der Regierten, jene Freiheit der Meere, die in einer internationalen Konferenz auch andere Vertreter des Volkes der Vereinigten Staaten mit Berechtigung als überzeugte Anhänger der Freiheit, verfochten haben, und eine Beschränkung der Rüstungen, die aus den Heeren und Flotten lediglich ein Werkzeug der Ordnung, nicht aber ein Werkzeug für den Angriff oder eigennützigte Gewalttätigkeit macht.

Dies sind amerikanische Grundsätze und amerikanische Richtlinien. Für andere könnten wir nicht eintreten, und es sind die Grundsätze und Richtlinien voraussehender Männer und Frauen aller Orten in jedem neuzeitlichen Volk, in jedem aufgeschlossenen Gemeinwesen. Es sind die Grundsätze der Menschheit und sie müssen für Weltung gelangen.

Der Text dieser Botschaft ist heute mittag von dem amerikanischen Botschafter Gerard auch dem Auswärtigen Amte übergeben worden.

Eine Rede Helfferichs.

Der letzte Gang.

Die Präsidenten der Parlamente der verbündeten Staaten waren am Montagmittag Gäste des Staatssekretärs des Innern, Staatsminister Dr. Helfferich. Der Staatssekretär hielt eine Ansprache, in der u. a. ausführte:

Die Antwort der feindlichen Machthaber auf den Friedensvorschlag unserer Staatsoberhäupter ist im dreißigsten Kriegesmonat eine neue Kriegserklärung, die Erklärung eines Vernichtungskrieges bis aufs Messer. Der Augen hat zu sehen und Ohren hat zu hören, der Werk jetzt, welche Stunde geschlagen hat. Unsere Völker haben begriffen, bis zum letzten Mann. Unsere Feinde werden begreifen lernen. Wenn sie immer noch sich und der Welt das lächerliche Ammenmärchen von der Militärfaste vorzählen, von der ihr Edelmüt unsere Völker befreien will, — die Zusammenkunft und die herzliche Uebereinstimmung der ersten Spitzen unserer Volkvertretungen zeigt aller Welt aufs neue, daß unsere Feinde falsch spekulieren, daß es bei uns keine Militärfaste sondern nur ein einziges großes Volksgesetz gibt, daß unsere Völker in sich und miteinander einig zusammenschließen in dem seltensten Entschluß — komme was da wolle — durchzuhalten und zu siegen.

Der Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses, Dr. Schönerer, der nach dem Staatssekretär sprach, sagte unter anderem:

„Die Friedensbotschaft, die von dem Gedanken ausgegangen ist, daß der Stärkere nachgeben sollte, ist vergeblich gewesen. Nun kommt der letzte Gang, der ungemein hart und blutig ausfallen wird.“

Präsident Schönerer schloß mit einem Hoch auf die verbündeten Armeen.

Die Internationale und die Friedensfrage.

Kristiania, 22. Januar. Der Landesausschuß der norwegischen Arbeiterpartei nahm gestern eine Entschlußung an, in der die Einberufung eines internationalen Kongresses verlangt wird, um die Friedensfrage zu behandeln.

Ein sozialistischer Friedenskandidat in England.

Der „Manchester Guardian“ macht über die Nachwahl in Rossendale, bei der ein Sozialist mit einem Friedensprogramm auftreten wird, nähere Mitteilungen. Der Sitz, der durch den Uebergang von Lewis Harcourt ins Oberhaus frei geworden ist, soll nach einem Abkommen der Parteien, dem auch die lokale Organisation der Arbeiterpartei beigetreten ist, den Liberalen kampflös überlassen werden. Indes hat in den sozialistischen Arbeiterkreisen die Absicht, mit einem eigenen Kandidaten mit ausgesprochenem Friedensprogramm hervorzutreten, fester Form bekommen. Es handelt sich vorläufig, abgesehen von der Person des Kandidaten, um die

Aufbringung der Wahlkosten. Für die amtlichen Wahlkosten allein sind 300 Pfd. Sterl. zu erlegen, wozu dann die Kosten der Wahlkampagne kommen. Es ist die Idee geäußert worden, den Betrag durch eine Sammlung unter den Gesinnungsgenossen des ganzen Landes aufzubringen.

Kandidat wird vermutlich Genosse Albert Taylor, Sekretär der lokalen Schuhmacher-Union, sein. Interessant ist, daß Taylor, trotz seiner öffentlich kundgegebenen friedensfreundlichen Gesinnung, seinerzeit vom Gemeinderat zugleich mit einem Vertreter des Weberverbandes als Arbeitermitglied für das Rekrutierungsgericht von Rossendale ernannt worden ist. Vor diesem Gericht machte er dann in eigener Sache seine Gewissensgründe gegen den Kriegsdienst geltend — und dies, trotzdem er als 30-jähriger Mann, der für eine verheiratete Mutter und mehrere Kinder zu sorgen hat, auf Enthebung Anspruch gehabt hätte. Die Sache ging im Instanzenzug bis zum Londoner Appellgericht, das Taylor mit Anerkennung seiner Gewissensbegründungen vom Kombattanten wie vom nicht-kombattanten Armeedienst enthielt, aber ihn beauftragt hat, binnen einer Woche eine „Arbeit im nationalen Interesse“ zu finden. Er weigert sich, auch diesem Spruch Folge zu leisten und man erwartet seine Verhaftung. Der Gemeinderat von Rossendale hat ihn, nachdem er vor dem Rekrutierungsgericht in seiner Sache plädiert hatte, von seinem Amte in dieser Behörde enthielt.

Ursachen der Trepow-Krise.

Der Kampf um die Zusammenarbeit mit der Duma.

Der Erlaß des Zaren an Goltzin hat eine das zaristische System kennzeichnende Vorgeschichte. Er sucht eine Verbindung mit den vorkommenden Körperlichkeiten, aber das selbe Ziel hat auch der Ministergruppe nicht gefehlt, die Anfang Januar aus dem Amte gesetzt wurde. Ueber den jähren Bruch mit der Gruppe Trepow haben wir neulich schon Mitteilungen gemacht. Jetzt liegen neue Meldungen dazu vor:

Kopenhagen, 22. Januar. Die führenden Petersburger und Moskauer Zeitungen haben im Rücktritt des Unterrichtsministers Ignatjew eine bedeutungsvollere politische Tatsache als im Wechsel auf dem Posten des Ministerpräsidenten. Laut „Ruskoje Slowo“ war der Beweggrund des Rücktritts Ignatjews folgender:

Nachdem Trepow im Ministerrat seinen Entschluß, zurückzutreten, kundgegeben hatte, weil der Zar ohne sein Wissen Protopopow im Amte bestätigt und Dobrowski sogar gegen seinen Willen zum Justizminister ernannt habe, stellte sich die Majorität des Ministerrates auf die Seite Trepows. Finanzminister Gort, Unterrichtsminister Ignatjew, Minister des Innern Witte, Volkswirtschaftsminister und Handelsminister Schachowskoj erboten sich Audienzen beim Zaren und erklärten ihm, der Ministerrat sei fast einstimmig der Ansicht, daß die Haltung Trepows den Staatsinteressen entspreche. Die vier Minister erklärten ferner, sie bildeten eine Gruppe im Ministerrat, die nicht in allem mit Trepow übereinstimme, doch seien sie mit ihm darin einig, daß, solange Protopopow Minister des Innern bleibe, eine Zusammenarbeit der Regierung mit beiden der Gesetzgebenden Kammern unmöglich sei. Die Wirksamkeit der Gesetzgebenden Kammern sei aber in diesem wichtigen Moment für die Erhaltung des inneren Friedens sowie für eine Bürgschaft für Erfolge auf den Schlachtfeldern unentbehrlich.

Die öffentliche Meinung des Landes reagiere stark auf jeden gegen die Reichsduma gerichteten Akt der Regierung, und jede noch so unbedeutende Unternehmung in diesem Sinne erhalte dadurch den Stempel des großen Verstoßes. Jetzt ständen auf Seiten der Reichsduma auch der Reichsrat und sogar der Rat des vereinigten Adels. Wenn diese drei, alle Klassen und Stände Russlands repräsentierenden Institutionen, nicht als Vertreter der öffentlichen Meinung gelten sollten, so löse die Regierung in ihrer weiteren Tätigkeit sich überhaupt auf niemand mehr stützen. Alle Semstwo, Stadtdumas, Adelskreise, Großgrundbesitzer, Industrielle und Vertreter der Wissenschaft sprächen sich unabweisend für eine Aenderung des Kuries in der inneren Politik aus und für eine Annäherung der Regierung an die Gesetzgebenden Kammern. Solange die dieser Zusammenarbeit sich entgegenstellenden Hindernisse nicht beseitigt seien, sei für die Regierung jede normale gesetzgeberische und Verwaltungstätigkeit unmöglich. Sollte dieser Standpunkt vom Zaren nicht geteilt werden, so erkläre die vier Minister um ihre Entlassung.

Laut „Ruskoje Slowo“ schloß sich der Chef der eigenen Konglei des Zaren Lanejew, dem Standpunkt der vier Minister an. Dennoch wurde er vom Zaren verworfen, was zunächst den Rücktritt Ignatjews zur Folge hatte. Im Hinblick auf diese Darstellung des „Ruskoje Slowo“ gewinnen die Meldungen aus Paris und London, denen zufolge Gort, Schachowskoj und Dobrowski längere Krankheitsurlaube erhalten haben, einige Wahrscheinlichkeit.

Der Zar hätte also nach dieser Darstellung den Standpunkt der vier Minister verworfen, um ihn alsbald nach Beseitigung der Minister in einem Erlaß als seinen Standpunkt kundzugeben. Das wäre eine Höchstleistung der Heuchelei oder eine Höchstleistung schwankender Regierungsführung. Vängig gehört es in Rufstand zu den Kabinettstücken, mit der Duma ohne Preisgabe von Kronrechten ein Auskommen zu suchen, bei dem es auf die Gewandtheit ankam, die Duma von Fall zu Fall, ohne daß es schädlichen Lärm gab, über den Löffel zu barbieren. Soll man jetzt annehmen, die Gruppe Trepow habe mit dem guten Verhältnis zu der Volkvertretung Ernst machen wollen und sei darüber zu Fall gekommen? Es gibt russische Kreise, die einer derartigen Auffassung Vorlauf leisten und ein Interesse daran haben, Goltzin reaktionärer als Trepow zu nennen. Aber dem stände der Ausgang Trepows, der durch einen Sturm der empörten Duma gekennzeichnet ist, durchaus im Wege.

Es sei daran erinnert, daß nach der neulich gegebenen Darstellung der Sturz Trepows schon besiegelt war, als er dem Zaren mit dem Hinweis auf die ihn unterstützenden Minister gegenübertrat. Diese Minister sind dann vielleicht lediglich als ein Opfer ihrer engen Verbindung mit Trepow, vielleicht sogar wegen der Form, in der dieser die Gruppe ausspielte, zu Fall gekommen. Auf den wesentlichen Inhalt dieser Vorgänge dürfte der Verlauf des Ministeriums Goltzin einige Rückschlüsse möglich machen. Einstweilen beginnt es seinen Tag so, daß ihm von seinen Widersachern eine nahe Verwandtschaft mit dem Ministerium Stürmer vorgeworfen wird.

Diese Verwandtschaft ist jetzt durch die Berufung Stürmers zum Berater des Auswärtigen Amtes mehr als ein Vergleichen geworden. Aber die russische Regierung beizt sich, die Entenländer zu beruhigen. Der russische Botschafter in Paris mußte schleunigst in der französischen Presse bekanntgeben, Stürmers Rückkehr ins Ministerium des Inneren habe nur zitulären Wert. Gilt das auch für Stasonow, der ebenfalls dem Außenministerium angegliedert wurde? Aber bei Stasonows Berufung hielt der russische Botschafter keinen solchen Kommentar, wie er ihn jetzt an die französische Presse ausläßt, für notwendig.

Stärkere Russen vorstöße südlich des Caspustals. — Bulgaren überschreiten bei Tulcea den St. Georgs-Mündungsarm der Donau.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 23. Januar 1917. (W. I. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Nordöstlich von Armentières drangen Erkundungsabteilungen bayerischer Regimenter in die feindlichen Gräben und lehrten mit einigen Gefangenen und Maschinengewehren zurück.
Gegen unsere Stellung nordwestlich von Fromelles vorgehende englische Truppen wurden abgewiesen.

Im übrigen behinderte nur zeitweilig nachlassender Dunst die Artillerie- und Fliegerstätigkeit.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Längs der Duna und nordwestlich von Luf steigerte sich vorübergehend das Artilleriefeuer.

Westlich von Dünaburg vertrieb unsere Grabenbesatzung eine russische Streifabteilung, die im Morgenrauschen in die vorderste Linie eingedrungen war.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.
An einigen Stellen der Waldkarpathen und des Grenzgebirges zur Moldau kam es bei heftigem Frostwetter zu regeren Artilleriekämpfen.

Bei Vorfeldgefechten nahmen deutsche und österreichisch-ungarische Truppen dem Gegner zwischen Stanic- und Putna-Tal 100 Gefangene ab und schlugen südlich des Caspustals stärkere feindliche Vorstöße zurück.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Madensen.

Am unteren Putna-Lauf hatten Vorkampfsgefechte ein für uns günstiges Ergebnis.

In der Dobruška überschritten bulgarische Truppen bei Tulcea den südlichen Mündungsarm der Donau und hielten sein Nordufer gegen russischen Angriff.

Mazedonische Front.

Keine besonderen Ereignisse.
Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

Abendbericht.

Amlich. Berlin, den 23. Januar. Abends.

Im Westen nur geringe Gefechtsaktivität.
An der Ostfront ist südwestlich von Riga der Artilleriekampf aufgelebt.

Der österreichische Bericht.

Wien, 23. Januar 1917. (W. I. B.) Amlich wird verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Bulgaren gewannen bei Tulcea das Nordufer des St. Georgs-Armes, an der unteren Putna wurden russische Vorstöße abgewiesen, ebenso südlich des Caspustals feindliche Abteilungen vergeblich in unsere Stellungen vor. — Bei der Armeedes Generalobersten v. Roewek stellenweise lebhafterer Gefechtskampf.

Weiter nördlich ist bei den I. und I. Truppen nichts zu melden.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Nächst Görz nahmen unsere Jagdkommandos einen feindlichen Graben, brachten 3 Offiziere und 134 Mann als Gefangene ein und erbeuteten 3 Maschinengewehre. Sonst ist die Lage unverändert.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Geyer, Feldmarschalleutnant.

in dieser Notiz gegen mich gerichteten Polemik energisch Verwahrung einlegen. Ganz abgesehen davon, daß ich kein einziges der in der Notiz zitierten Worte von „Lump“, „Schuft“, „Canaille“ gebraucht habe, zeugt es von wenig loyaler Kampfweise, einzelne Worte aus dem Zusammenhang gerissen wiederzugeben.“ Wir sind gern bereit, die Stelle, die wir im Auge hatten, hier wörtlich zu zitieren. Herr Dr. Freund vertrat in seinem ersten Schreiben die Auffassung, daß man die Entente-Note entweder nur als Triffl und Bluff oder pathologisch nehmen könnte, und fuhr dann fort:

„Ich neige dieser letzteren Auffassung nicht zu, sondern sehe in den führenden Entente-Staatsmännern keine Irrsinnigen, sondern ganz gesunde Schurken, die ihre Kräfte nur von Lügen und Täuschungen fristen. Diesem Gesindel eine vornehme Behandlung zuteil werden zu lassen, ihnen wie anständigen Menschen antworten, ist aber verfehlt. Auf einen Schelmen anberathen.“

Man will kräftige Worte hören, das deutsche Volk zittert vor Mut über die Unverschämtheiten und Schurkereien der Feinde und will, daß dieser Stimmung ein entsprechender Ausdruck verliehen werde. Man will keine vornehmen Gesten, man will Fußtritte mit Särasierstiefeln.“

Herr Dr. Freund hat also nicht „Lump“ und „Schuft“ gesagt (wir hatten diese Ausdrücke nicht als wörtliches Zitat, sondern nur allgemein zur Charakterisierung seines Stils angeführt), sondern „Schurke“, „Gesindel“ und ähnliches mehr. Das sind allerdings andere Schimpfwörter, aber schwerlich mildere. — Am Schluß seiner Zuschrift an uns schreibt Herr Dr. Freund:

„Ueber die Ausführungen des „Vorwärts“ betreffend die von mir besüßworte s suggestive Wirkung kräftiger Worte (nicht Schimpfwörter) auf die Massen ist wohl kein Wort zu verlieren: Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.“

Mit Rücksicht auf die große Erregung des Herrn Dr. Freund nehmen wir ihm das weiter nicht übel. Es scheint aber zwecklos, mit ihm sachlich zu diskutieren.

Letzte Nachrichten.

Englische Stimmen zu Wilsons Botschaft.

London, 23. Januar. Meldung des Reuterschen Bureaus. Ueber die Botschaft Wilsons schreibt die „Morning Post“: „Wilson schlägt eine Intervention vor, die die Amerikaner während des Bürgerkrieges und während des spanischen Krieges zurückgewiesen haben. Indem Wilson die Neutralität Belgiens verletzen ließ, gab er zu, daß eine Nation das Recht habe, ihre Verpflichtungen zu brechen. Das wird für seinen jetzigen Plan verhängnisvoll.“ Die „Times“ schreiben: „Wilson's Vorschläge annehmen, während die Zentralmächte Verträge als Papierregen behandeln, hieße lediglich dem Feinde in die Hand zu spielen.“ Die „Daily News“ schreibt: „Wilson's Botschaft wird der Bewirkung der Hoffnung Europas eher einen weiteren Antriebs geben, als sie verzögern. Wir müssen indessen abwarten, ob wir, wie Wilson glaubt, der Friedenskonferenz und der Bildung eines dauernden Bundes der Nationen so viel näher gekommen sind.“

Außerordentlicher Landtag in Bayern.

München, 23. Januar. Der bayerische Landtag wird am 31. Januar zu einer außerordentlichen Tagung zusammenzutreten. Dem Bernehmen nach wird die Regierung verschiedene Gesetzesvorlagen einbringen. So, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ mitteilen, ein Richterwahlgesetz, ein Disziplinargesetz für Gemeindegemeinde, ein Gesetz für die finanzielle Ausgestaltung des Kriegswacherechts, ferner eine große Kreditvorlage für den Ausbau des Donau-Main-Kanals.

Das Eisenbahnunglück von Cüreca.

Bern, 23. Januar. „Progres de Lyon“ meldet aus Jassy, daß nach amtlicher Mitteilung bei dem Eisenbahnunglück vor Cüreca 374 Personen umgekommen, 756 verletzt worden, darunter 300 schwer.

Mosterbrand.

Düsseldorf, 23. Januar. Gestern nachmittags brach im Kirchhauer-Kloster Haus Pain bei Unterath ein Brand aus, der sich rasch verbreitete und die Kirche, das Hauptgebäude und mehrere Nebengebäude ergriff. Die Düsseldorf'sche Feuerwehr fand bei ihrem Eintreffen bereits einen derartig großen Brandherd vor, daß eine Rettung des großen Kirchendaches schon nicht mehr zu denken war. Schlimme Wasserverhältnisse und die herrschende Kälte erschwerten die Bekämpfung des Feuers. Ein großer Teil der Decke vom zweiten Obergeschoß des Hauptgebäudes stürzte ein und verlegte sechs Feuerwehrleute, von denen drei ins Krankenhaus geschafft werden mußten.

Die Brotversorgung Berlins.

Berlin, 23. Januar. Der Ausschuß der zur Groß-Berliner Brotkarengemeinschaft vereinigten Gemeinden prüfte in seiner heutigen Sitzung unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Bernuth, wie den mehrfach hervorgetretenen Anregungsmöglichkeiten in der Brotversorgung abgeholfen werden könnte. Nach Erörterung der zahlreichen Ursachen allgemeiner und spezieller Natur gelangte man zu der Ueberzeugung, daß es noch Lage der Verhältnisse zurzeit in erster Linie darauf ankomme, für größtmögliche Ausnutzung des Mehls und strengste Kontrolle der Gebäubereitung Sorge zu tragen. Es wurde daher in Aussicht genommen, ein Einheitsgebäck unter Fortfall des unrationellen Kleingebäcks vorzuschreiben und die Bereitung von Kuchen in Betrieben, die gleichzeitig Brot backen, zu verbieten. Der weiteren Prüfung wurde die Frage überwiesen, ob darüber hinaus auch für Gebäck die Stundenliste eingeführt werden sollte.

Der Millionenschwindel der Frau Kupfer.

Kein Geld — aber Hamstervorräte!

Nach der Meldung einer Korrespondenz sollen in der Wohnung der Frau Kupfer nicht 450 000 Mk., sondern nur — 45 Mk. gefunden worden sein. Weitere Nachforschungen haben zur Enttarnung der Gebrüder nur 100 Mk. zum Vorschein gebracht. Dagegen fand man im Keller Tausende von Flaschen Sekt, Wein, Bier und Cognac, Zigarren und Zigaretten der feinsten Sorten, Speck, Schinken und Konserven in Hülle und Fülle. An Meidern und Wäsche wurden schätzvolle Vorräte entdeckt, eine Kochung für — seibene Hüßchen, Spitzen und dergleichen allein kostete auf 19 000 Mk.! Alle diese Wertgegenstände hängen nun der Konkursmasse zu. Wenn eine Villa in Lohau in Hannover. Von den Gläubigern haben einige schon ihre Ansprüche angemeldet, darunter eine Gräfin B. 100 Mk.!

Der Krieg auf den Meeren. Die neue „Möwe“.

Wie der Vertreter des W. I. B. durch Funkpruch meldet, fargen die Newyorker Zeitungen nicht mit ihrem Lobe für die Heldentaten der „neuen Möwe“. Die ihr gewidmeten Artikel tragen Ueberschriften in den größten Lettern. Der von dem deutschen Hilfskreuzer dem Feinde zugefügte Schaden wird auf über zwanzig Millionen Dollar geschätzt.

Die französische Presse erklärt nach einer Wolffschen Meldung aus Bern im allgemeinen, daß die von dem deutschen Hilfskreuzer angewandten Aufbauten zur Unkenntlichmachung Seeräuberei seien. „Figaro“ wendet sich scharf gegen diese Auslegung und sagt, man solle sich in so ernsten Fällen nicht lustig machen; es handle sich um rechtlich durchaus zulässige Kriegslisten.

Wie das „Pariser Journal“ aus Rio de Janeiro meldet, haben der brasilianische Präsident und der Minister des Aeußern angesichts der verstärkten Kriegstätigkeit in der Nähe der Küste beschlossen, die Ueberwachung der nordbrasilianischen Küste durch die sofortige Entsendung des Küstenpanzereschiffes „Teodoro“ zu verstärken.

Schwarzes Meer. Der russische Seeresbericht vom 22. Januar meldet: Eins unserer Unterseeboote besenkte in der Nähe des Bosporus einen feindlichen Dampfer und neun Segelschiffe.

Ein U-Boot an der Arbeit.

Kopenhagen, 23. Januar. Vor dem hiesigen Seehandelsgericht fand heute das Seebör wegen der Versenkung des dänischen Dampfers „Luborg“ statt, der auf der Pflichtreise mit Kohlen von Lüne nach Gibraltar unterwegs gewesen war. Wie die Blätter berichten, wurde im Verhöre allseitig das menschliche Verhalten des deutschen U-Bootkommandanten rühmend hervorgehoben. Nach der Versenkung des Dampfers hatte das Unterseeboot die Boote mit der Besatzung sieben Stunden lang im Schlepptau. Gegen Abend tauchte der norwegische Dampfer „Lusa“ auf, der vom Unterseeboot durch Warnungsschuh angehalten wurde. Als der norwegische Kapitän mit den Schiffspapieren sich auf dem Unterseeboot einfand, erklärte der Kommandant, daß er eigentlich den Dampfer versenken müßte, der seit einem halben Jahre zwischen England und Frankreich hin und herfähre und sich jetzt mit Ballast auf der Rückreise nach England befinde. Er wolle aber die Dampferbesatzungen nicht auf dem Meere in der Nacht ihrem Schicksal überlassen und werde daher den Dampfer freigegeben. Der norwegische Kapitän mußte sich schriftlich an Cideskoll verpflichten, die dänische Besatzung aufzunehmen und niemals wieder — weder er persönlich noch sein Dampfer — mit Ballast für die Alliierten zu fahren. Darauf wurde der Dampfer vom Unterseeboot freigegeben.

Versenk. Lloyd's meldet: Der englische Fischdampfer „Cetus“ ist versenkt worden, die Besatzung ist gerettet.

London, 23. Januar. „Lloyd's“ meldet: Die dänische Golette „Standard“, der norwegische Dampfer „Johannfiel“ und der englische Dampfer „Robaasfiel“ wurden versenkt. Der Kapitän des „Robaasfiel“ wurde gefangen genommen. Zwei Mann sind untergegangen. Ferner wurden der schwedische Dampfer „Komma“ und die Dampfer „Carlisle“, „Ronclara“, „Eofnwood“, „Pont Nicholson“ und „Katina“ versenkt.

Kriegsschäden des Welthandels.

New York, 22. Januar. (Funkpruch vom Vertreter des W. I. B.) „Evening Mail“ erzählt aus Washington, daß vor zwei Wochen der britische Botschafter dem Staatsdepartement eine Note überreicht habe, in der England aufsehenerregende Beschwuldigungen gegen die Vereinigten Staaten erhebe, weil sie aus absichtlicher Nachlässigkeit gestattet hätten, daß deutsche Verschwörungen auf amerikanischem Boden geplant und zur Reife gebracht würden.

Weiter wird gesagt, die Note lege den Grund, um nach dem Kriege riesige Schadenersatzansprüche gegen die Vereinigten Staaten vorzubringen wegen angeblicher Verletzung der Neutralität. Die Meldung schließt mit der Angabe, es sei nicht sicher, ob dieser englische Schachzug den riesigen Schadenersatzansprüchen gegen England vorgezogen solle, die wegen der ungesäglichen Einmischung in den amerikanischen Handel beständen. Es sei allgemein bekannt, daß diese Ansprüche jetzt zwischen 1/2 und 1/4 Milliarden Dollar betragen.

Seegefecht in den Hoosden.

Berlin, 23. Januar. (W. I. B.) Amlich. Bei einer Unternehmung von Teilen unserer Torpedoboots-Flottille kam es am 23. früh in den Hoosden zu einem Zusammenstoß mit englischen leichten Streikkräften. Hierbei wurde ein feindlicher Zerstörer während des Kampfes vernichtet, ein zweiter wurde nach dem Gefecht von unseren Flugzeugen in sinkendem Zustande beobachtet. Von unseren Torpedobooten ist eines durch erlittene Havarie in Seenot geraten und hat nach eingegangenen Meldungen den holländischen Hafen Omuiden angelaufen. Unsere übrigen Boote sind vollzählig mit geringen Verlusten zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Zufsbomben auf Bagdad.

London, 22. Januar. Amlich. Unsere Flugzeuge haben am 20. Januar 600 Pfund Bomben auf und rund um die türkische Munitionsfabrik in der Zitadelle von Bagdad abgeworfen.

Politische Uebersicht.

Abgeordnetenhaus.

Hibernia — Diätenfrage.

Das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich am Dienstag mit gesetzgeberischen Arbeiten der verschiedensten Art. Am bedeutendsten von allen zur Beratung stehenden Vorlagen war die betreffend Uebernahme von Aktien der Bergwerksgesellschaft Hibernia auf den Staat, eine Vorlage, die von unserem Genossen Hue unter Hinweis auf die starke Belastung der Steuerzahler und auf die sonstigen schädlichen Folgen für die Gesamtheit lebhaft bekämpft wurde, aber trotzdem mit großer Mehrheit Annahme fand. Wenn Hue auch dem sozialdemokratischen Programm entsprechend sich grundsätzlich als Anhänger der Verstaatlichung bekannte, so brachte er doch eine große Reihe von Argumenten vor, aus denen er unter Aufrechterhaltung seines grundsätzlichen Standpunktes zu dem Resultat kam, daß die Vorlage abgelehnt werden müßte.

Ein lebhaftes Interesse rief die Diätenvorlage hervor, die in zweiter und dritter Lesung zur Beratung stand. Die Konservativen, die es bei der jetzigen Regelung der Diäten belassen wollen, monach ein Abgeordneter auch dann die Diäten fortgezahlt bekommt, wenn er überhaupt niemals im Hause ist, hatten alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Regierungsvorlage zu Fall zu bringen. In einer Zahl wie selten waren die Herren zusammenberufen, und man sah mehr als ein unbekanntes Gesicht im Hause. Aber obwohl sie bei ihren Bestrebungen Zuwachs aus den Reihen des Zentrums und der Nationalliberalen erhielten, gelang es ihnen nicht, sich durchzusetzen. In namentlicher Abstimmung erklärte sich das Haus, wenn auch nicht gerade mit überwältigender Mehrheit, für die von der Regierung vorgeschlagene Reform, die allerdings noch der Zustimmung des Herrenhauses bedarf, ehe sie Gesetz wird.

Der Antrag auf Aenderung des § 47 der Geschäftsordnung, monach in Zukunft der Präsident die Reihenfolge der Redner bestimmen soll, wurde debattelos angenommen, ebenso in allen drei Lesungen die Vorlage auf weitere Sicherstellung des Gemeindegewaltrechts der Kriegsteilnehmer. Einige Anträge betreffend die Gewährung von Kriegsteuerzulagen auch an Kriegsteilnehmer ging an die verstärkte Staatshaushaltskommission.

Der Termin der nächsten Sitzung ist unbestimmt. Vor dem 6. Februar wird das Haus keineswegs wieder zusammenzutreten. Die Zwischenzeit sollen die Kommissionen zur Erledigung ihrer Arbeiten ausnützen.

Ein Freund der starken Worte.

Herr Landesrat Dr. Freund hat uns die Kritik gegen seine beiden an das „W. I.“ gerichteten Zuschriften sehr übel genommen. Er beglückt uns nun unterseits mit einer solchen, die unsere Vermutung bestätigt, daß Herr Dr. Freund durch die Ententennote an Wilson in einen Zustand starker feilscher Erregung geraten ist, bei dem man nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen darf. Herr Dr. Freund schreibt uns: „Ich muß gegen die Art der

Gewerkschaftliches.

Die Wirtschaftsfriedlichen und das Hilfsdienstgesetz.

Der Streit um die Anerkennung der Wirtschaftsfriedlichen hat nun schon mehrere Instanzen beschäftigt, die mit der Einführung und Durchführung der einzelnen Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes zu tun haben. Wertwichtig ist dabei, daß die Forderungen der Mitberücksichtigung der Wirtschaftsfriedlichen meistens von Unternehmern ausgehen, besonders von solchen, die in ihren Betrieben Wirtschaftsfriedliche haben und diese durch Unterfütterung aller Art propagieren. Auch im Reichsausschuß hat die Frage bei den Beratungen am 10. d. M. wieder eine Rolle gespielt. Wie wenig praktische Bedeutung die ganze Frage der Wirtschaftsfriedlichen für die Ausschüsse im Sinne des Hilfsdienstgesetzes hat, sei an folgenden Vorgängen gezeigt:

Als im Februar 1915 die Vorbereitung zur Schaffung des Kriegsausschusses für die Metallbetriebe Groß-Berlins stattfand, wurde von einigen Unternehmern, die wirtschaftsfriedliche Vereine unterhalten, die Forderung gestellt, daß auch Vertreter der wirtschaftsfriedlichen Organisationen in dem Ausschuss als Arbeitervertreter Sitz und Stimme haben müßten. Dagegen wandten sich alle Arbeiterorganisationen und erklärten, lieber auf die Schaffung eines solchen Kriegsausschusses zu verzichten, als daß sie sich mit den Wirtschaftsfriedlichen zur Vertretung der Interessen der Arbeiter zusammensetzten. Dagegen waren die Vertreter der Arbeiter bereit, ihre Zustimmung zu geben, daß ein Wirtschaftsfriedlicher in dem Ausschuss als Vertreter der Unternehmer erscheint. Da wäre er auch an der richtigen Stelle. Schließlich gelang eine Verständigung, wonach für die Wirtschaftsfriedlichen ein besonderer Ausschuss errichtet wurde. Denn sich dann Arbeiter finden, die diesen besonderen Ausschuss anrufen, kann dieser zusammenfallen. Die Folgezeit bewies nun, was es wirklich mit den sogenannten Wirtschaftsfriedlichen oder, wie der bekannte Name lautet, mit den Gelben, auf sich hat, d. h. in welchem Maße ein wirkliches Bedürfnis für die Mitwirkung der Wirtschaftsfriedlichen bei der Arbeiterschaft vorhanden war.

Gleich zu Beginn der Tätigkeit der Kriegsausschüsse trat etwa dreimal dieser besondere Kriegsausschuß zusammen, um je einen Differenzfall zu erledigen. Seitdem ist keine Sitzung mehr gewesen, weil bei den gelben Ausschüssen keinerlei Beschwerden angemeldet wurden, sondern alle Beschwerden bei dem allgemeinen Kriegsausschuß für die Metallbetriebe. Der gelbe Ausschuss ist also eingetrodnen, ein Beweis dafür, daß irgendwelche Notwendigkeit für die besondere Berücksichtigung der Wirtschaftsfriedlichen nicht vorliegt.

Die Firma in Berlin, die seit einer ganzen Reihe von Jahren bemüht ist, besonders die gelbe Bewegung stark zu propagieren, ist gleich von Anfang an mit am stärksten durch Anmeldung von Differenzen beim allgemeinen Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins betroffen, so daß sich auch hier gezeigt hat, daß, wenn auch diese Firma und verschiedene andere Firmen sich rühmen, einen erheblichen Prozentsatz ihrer Arbeiter als Mitglieder der gelben Vereine zu haben, ein Vertrauen bei den Arbeitern zu diesem Verein als Vertreter ihrer wirtschaftlichen Interessen nicht vorhanden ist.

Im Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins sind in etwa zwei Jahren zirka 2000 Differenzfälle erledigt, und im gelben Ausschuss höchstens vier. Dies zeigt doch deutlich genug, wie nötig eine besondere Berücksichtigung der Wirtschaftsfriedlichen ist.

Irgendwelche Klagen über die Erledigung der Beschwerden vor dem Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins sind von wirtschaftsfriedlicher Seite bis jetzt noch nicht erhoben. Die Mitglieder des Ausschusses wissen auch nicht, bei Erledigung der Beschwerden, ob und wo der Beschwerdeführer Mitglied ist. Diese Frage wird nirgends gestellt und darf auch nirgends gestellt werden, weil die Interessen eines jeden Arbeiters vertreten werden müssen, ohne Rücksicht darauf, ob und wo er organisiert ist.

Wozu also der Widerstand gegen die Anschauung der Gewerkschaften in Sachen der wirtschaftsfriedlichen Vereine? Die obigen Tatsachen zeigen, daß dieser Widerstand recht müßig ist und nichts weiter darstellt, als einen Versuch der Unternehmer und ihrer Beauftragten, ihnen genehme Personen unter den Ausschussmitgliedern zu haben, auch soweit diese Arbeitgebervertreter sind.

An sich könnte man ja mit dem Vorschlag des Generalintendanten Gröner einverstanden sein, daß, wenn das Mitglied eines wirtschaftsfriedlichen Vereins vor einem Schlichtungsausschuß erscheint, ein Vertreter der wirtschaftsfriedlichen Vereine als unzufriediger Besucher erscheint. Das hat aber als Voraussetzung, daß der Beschwerdeführer, der Mitglied eines wirtschaftsfriedlichen Vereins ist, dies bei der Beschwerdestelle sagt und ausdrücklich erklärt, daß er einen wirtschaftsfriedlichen Besucher wünscht. Es würde damit der Grundsatz durchbrochen, daß kein Beschwerdeführer nach seiner Organisationszugehörigkeit gestraft werden darf. Wenn man es darauf ankommen lassen will, würden wir die Probe aus Exempel machen. Wir sind der festen Überzeugung, daß sich dann sehr bald herausstellt, wie unnötig der ganze Streit um die Vertretung der Wirtschaftsfriedlichen in den Ausschüssen ist.

Aus der Partei.

Richtigstellung. Genosse Weim's Magdeburg schreibt uns: Zu dem Bericht über die Sitzung des Parteiausschusses läßt der Berichtshatter mich sagen, in Magdeburg arbeiteten Haupt und Brandes auf den Gehloft der „Volkstimme“ hin. Diese Wendung widerspricht dem Sinn meiner Ausführungen. Ich habe auf die Provolation durch Fleischer erwidert:

„Wenn Quare in Magdeburg eine Wehrheit erzielt habe, so sei das auf die Agitation zurückzuführen, die besonders Brandes durch die Funktionäre des Metallarbeiterverbandes angeführt habe. Montrage so den Streit in die Gewerkschaften hinein; so habe Haupt in Magdeburger Metallarbeiterversammlungen die „Volkstimme“ wegen ihrer Stellungnahme angegriffen.“

Aus Industrie und Handel.

Das deutsche Einfuhrverbot und das Ausland.

Die Schweizerischen Blätter führen lebhaft Klage über das deutsche Einfuhrverbot, welches überraschend gekommen sei und deshalb zu Verkehrsstockungen auf den Grenzhöhfen geführt habe. Die Schweizerischen Blätter berufen sich auf den Handelsvertrag, der ein so weitgehendes Einfuhrverbot ausschließe. Tatsächlich bestimmen auch die Handelsverträge, daß der gegenseitige Verkehr durch keinerlei Einfuhr-

Ausfuhr- oder Durchfuhrverbote zu hemmen sei. Ausnahmen sind nur in Beziehung auf Kriegsbedarf unter außerordentlichen Umständen, aus Rücksichten auf die öffentliche Sicherheit oder der Gesundheitspolizei zulässig. Formal sind die Beschwerdeführer zweifellos im Recht, aber aus ihren Klagen leuchtet doch der gute Wille, die Zwangslage Deutschlands zu verstehen, sich zu verständigen und den Zustandsstandpunkt zu vermeiden. Diese entgegenkommende Haltung wird gerechtfertigt, wenn die deutschen Behörden Einfuhrgesuche rasch erledigen. Das ist sowohl im Interesse der inländischen Käufer dringend zu wünschen, wie auch zu Ruh und Prommen unserer Beziehungen mit dem Auslande, das zum Teil durch das Einfuhrverbot nicht unerheblichen Schaden erleidet. Am meisten wird wohl die Schweiz mit ihrer entwickelten Qualitätsindustrie zu Klagen haben, deren Produkte sehr leicht als überflüssige Landesprodukte angeprochen werden können. Aber der Schaden darf auch nicht übertrieben werden, weil die Ausfuhrmöglichkeiten der Neutralen durch die englische Materialiensperre sehr beschränkt sind.

Die Charlottenburger Wasserwerke gegen Zehlendorf.

Der Bezirksausschuß zu Potsdam hat gestern in der Stenografie der Charlottenburger Wasserwerke-Aktiengesellschaft gegen die Gemeinde Zehlendorf wegen unzulässiger Veranlagung zu einer besonderen Gewerbesteuer die Entscheidung des Teltower Kreisapellationsbeschlusses bestätigt und damit dem Klageantrage der Wasserwerke entsprochen. Der Wert des Streitgegenstandes wurde auf 48.548 M. festgesetzt. Die Kosten des Verfahrens wurden der Gemeinde Zehlendorf auferlegt. Der Bezirksausschuß hat dahin erkannt, daß die Veranlagung zur Gemeindegewerbesteuer, die einen Großbetrieb wie die Charlottenburger Wasserwerke über den staatlich genehmigten Steuerzuschlag hinaus zur Steuer heranzieht, gesetzlich unzulässig ist.

Die Charlottenburger Wasserwerke haben, wie vor einigen Wochen mitgeteilt, in ihrem Geschäftsberichte lebhaft Klage über die Besteuerung ihres Unternehmens in Zehlendorf und Schöneberg erhoben. Nachdem sie gegen Zehlendorf in der zweiten Instanz einen Erfolg erzielt haben, darf man auf den Ausgang ihrer mit Schöneberg anhängigen Streitfrage gespannt sein.

Soziales.

„Nicht zuständig.“

Dem Mitgliede einer Krankenkasse vor vom Kassenvorstand die Lieferung eines Leibesgutes verweigert worden. Der Versicherte hatte infolgedessen einen Ausfall an Arbeitsverdienst und beanspruchte von der Kasse Ersatz des ihm dadurch erwachsenen Schadens. Er stellte Klage an beim Amtsgericht Berlin-Mitte.

Das Amtsgericht wies die Klage ab. Es hielt sich nicht für zuständig. Zuständig sei, hieß es in dem Urteil, das Verwaltungsamt. Das Landgericht Berlin I trat der Auffassung des Amtsgerichts bei und wies deshalb ein Gesuch des Klägers um Bewilligung des Armenrechts für die Berufungsinstantz „wegen bössiger Ansdioslosigkeit des Rechtsweges“ zurück.

Der Versicherte machte nun seinen Anspruch beim Versicherungsamt der Stadt Berlin geltend. Dessen Vorsitzender wies

durch Weisung die Klage ab. Das Versicherungsamt sei nicht zuständig, erklärte der Vorsitzende; zuständig seien die ordentlichen Gerichte. Die Spruchkammer des Oberversicherungsamtes Berlin trat diesem Standpunkt bei und verzog die von dem Versicherten eingelegte Berufung.

Dagegen leute der Versicherte Revision beim Reichsversicherungsamt ein. Die Revision wurde als unbegründet zurückgewiesen. Zuständig für den geltend gemachten Schöbenerklagenanspruch seien die ordentlichen Gerichte, erachtete auch das Reichsversicherungsamt. Es begründete diese Rechtsauffassung in längerer Ausführungen. (Saml. Nachr. 1916 S. 751 f.) und sagt schließlich mit einem waffen und einem trodenen Auge: „Das Ergebnis ist im vorliegenden Falle allerdings unbefriedigend, da der Kläger nunmehr über die rechtliche Gehör finden kann, denn es fehlt im Reiche an Kompetenzgerichtsständen, die in derartigen Fällen des negativen Kompetenzkonflikts das für die Behandlung des Streites zuständige Gericht zu bestimmen hätten. Bei der gegenwärtigen Lage der Gesetzgebung ist deshalb vorliegend für den Kläger die Möglichkeit, über seine Angelegenheit von einem Gericht materiell entscheiden zu lassen, nicht gegeben.“

Es ist aber doch sehr wenig tröstlich für die Versicherten, daß sie auf solche Art der leidtragende Teil eines richterlichen Rechtsirrtums, wie er den Entscheidungen des Berliner Kreis- und Landgerichts zugrunde liegt, werden können.

Die Wohnfläche.

In den verschiedensten Parochzeitungschriften wird jetzt die Einrichtung einer Wohnfläche, namentlich in den Kleinhäusern empfohlen. Sie bietet nicht nur den Vorteil der Raumersparnis und damit auch eine wesentliche Verbilligung des Bauens, sie verbilligt auch die Heizungskosten ganz erheblich. Die Annehmlichkeiten einer Zentralheizung lassen sich der großen Anlage- und Betriebskosten wegen in einem Kleinhause nicht durchführen. Dagegen kann die Heizung der Wohnfläche einen Teil dieser Anlage erreichen. Die zur Speisbereitung notwendige Wärme dient gleichzeitig zur Erwärmung des Wohnraumes. Der an die Wohnfläche angrenzende Raum kann nun durch die Herdheizung ebenfalls mit erwärmt werden, indem der abziehende Rauch durch einen in diesem Raum zu erbauenden, eigens dazu eingerichteten Ofen geleitet wird. So bietet die Wohnfläche mancherlei Vorteile. Ihre Einführung in den Kleinhäusernbauten dürfte deshalb bald ziemlich allgemein werden.

Stenererklärungen. Zu dem unter dieser Ueberschrift in der Sonnabendnummer des „Vorwärts“ enthaltenen Artikel schreibt uns ein langjähriges Mitglied der Einkommensteuer-Veranlagungskommission zu der Bemerkung, daß die Behörde die Vorlegung der Bücher zwar fordern könne, wenn der Betreffende sie jedoch nicht vorlegen wolle, fehle jedes Mittel, ihn dazu zu zwingen: Dies ist insofern leicht irreführend, als die Veranlagungskommission, nachdem sie den Beschluß zur Vorlage der Bücher gefaßt und durch den Vorsitzenden dem zu Veranlagenden hat mitteilen lassen, im Falle einer solchen Weigerung ohne Berücksichtigung der Angaben des Steuerpflichtigen selbständig nach ihrem Ermessen ihn veranlagen kann. In der Wirkung liegt damit tatsächlich ein Zwang vor.

Verantwortlich für Inhalt: Hermann Müller, Tempelhofer; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Neudamm; für Inserate: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.

Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Todes-Anzeigen

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Beschäftigungsführer

Ernst Schulze
von der Firma Expel, Nemeler Straße, am 18. Januar im Alter von 59 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, in der Leichenhalle des Städtischen Zentral-Friedhofes in Preierhofstraße ausfall.
71/7 Die Bezirksverwaltung.

Zentral-Kranken-Unterstützungsverein der Schmiede u. verw. Gewerbe Deutschlands Zahlstelle Berlin III.
Am Sonntag, den 21. Januar, verstarb unser Mitglied
August Salewski.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle der Paul-Gerhardt-Gemeinde, Weihenstraße, ausfall.
205/7 Die Ortsverwaltung.

Am 20. d. Mts. starb plötzlich am Herzschlag mein lieber, herzenguter, treuer, geliebter Gatte und Vater, der Herr
Wilhelm König.
Dies zeigt an
Die tiefbetrübte Gattin nebst Sohn und Verwandten.
Berlin, Sorauer Str. 5.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, auf dem Garnisonfriedhof Hakenheide statt. 42

Bücher und Zeitschriften
Jeder Art liefert die Buchhandlung
Bismarck-Verlagungen nimmt
jede Büchlerbestellung sowie die
Bestellungsänderungen entgegen

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer.
Hnd.: P. Golletz
Mariannenstr. 3. Tel. Mpl. 10 303



Stets zuverlässig
als allbewährtes Hausmittel bei Husten und Heiserkeit sind die seit 70 Jahren eingeführten

Wiberg

TABLETTEN

Sie sollten immer in der Hausapotheke sein, um sie bei Erfüllungen in der Familie zur Hand zu haben.
Wiberg-Tabletten schützen sicher vor den oft ersten Folgen eines
Dussens oder Katarrhs.

Etwa 400 Tabletten in allen Apotheken und Drogerien M. 1.—.
Warnung vor Nachahmungen! — Verlangen Sie stets „Wiberg“.

Am Freitag, den 19. d. Mts., verstarb nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Maschinenmeister
Wilhelm Sämann
im noch nicht vollendeten fünfzigsten Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. d. Mts., nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in Sach (Zettliner Bahn) ausfall. 1795b

Am Sonntag, den 21. d. Mts., starb plötzlich nach langjähriger Krankheit unser lieber Kollege, der Leiter
Paul Lehmann
im Alter von 53 Jahren.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Garnison-Friedhofes, Friedenstr. 55, ausfall.
Ruhet in Frieden!
Das Personal der Buchdruckerei von H. S. Hermann.

Große Auswahl! Bekannte Preise! Wir verkaufen

Kostbare Plüschmäntel
In Seal-Plüsch, Seidenplüsch, Mohr-Plüsch, Glockenformen, glatt mit Pelzbesätzen, tolle Formen
preiswert!!
Ans vorjährige Qualitäten, neu aufgemacht, Astrachanmäntel, Krimmermäntel kurz und lang.

Entzückende Pelzmäntel
Seal Bismarck, Astrachan, Föhnen, darunter Prachtstücke (Modelle), tolle Felle, gediegene Arbeit, tolle Formen
preiswert!
Einzelne Phantasie-Modelle in Garnituren, Fuchs, Nerz, Stollmarcker aus der Kollektion

Bildschöne Kostüme und Mantelkleider!
Neueste Frühjahrs-Modelle 1917, beste Stoffe Winterkostüme mit Pelz, herrliche Mantelkleider, Original-Modelle, Samtkostüme, Ersatz für letzte Massarbeit.
Für weniger Beimitte: Vorjährige Kostüme, beste Stoffe, Sammet, Seide, darunter wundervolle Modelle
preiswert!

Praktische Gummi- und Seidenmäntel mit passender Kappe, grossartige Farbenstellungen, wundervoll gezeichnet, reizende Formen
preiswert!
Für weniger Beimitte: Vorjährige Gummi- und Seidenmäntel, Glockenformen.

Gediegene Uster und Mantelkleider. Beste Stoffe, tolle Formen mit Pelzbesätzen, auch glatt
preiswert!
Für weniger Beimitte: Vorjährige Uster, beste Stoffe, darunter auch Modelle.

Auswahlsendungen nach ausserhalb gegen Anzahlung. Sonntag reddest 12-2 Uhr.

Westmann

L. Geschäft Mohrenstrasse 7a. (Eingang: Gr. Frankfurter Str. 113.)
Rahlsmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Abgeordnetenhaus.

55. Sitzung. Dienstag, den 23. Januar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: Sydow.
Die Vorlage auf weitere Sicherstellung des Gemeindefriedens der Kriegsteilnehmer wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

Ein Geschäftsordnungsantrag der Abgg. v. Heidebrand (l.), Frhr. v. Jeditz (fr.), Herold (r.) und Dr. Friedberg (natl.), wonach in Zukunft der Präsident die Reihenfolge der Redner bestimmt und dabei Rücksicht nehmen soll auf die verschiedenen Parteistellungen und auf die Möglichkeit der Verteidigung gegen Angriffe, wird ohne Beipredung angenommen.

Das Diätengesetz wird in zweiter Lesung in der Fassung des Ausschusses erledigt. Auf Antrag Dr. Arendt (fr.) wird die in der Regierungsvorlage enthaltene, aber vom Ausschuss entfernte Gleichstellung der in Berlin wohnenden Abgeordneten mit den auswärtigen Wohnenden wiederhergestellt.

Es folgt die zweite Lesung der Vorlage über den Verkauf der Zeche Hibernia.

Einige vom Ausschuss vorgelegte Entschärfungen verlangen Befreiung des Verkaufs der Zeche von der Zustimmung des Reichstages mit der künftigen Bergbauverwaltung und mit den angeschlossenen Gesellschaften, der Preislisten des Syndikats seit 1910 und der Höhe der von ihm seit 1903 vorgenommenen Fördereinsparungen.

Die Abgg. Schwedding (r.) und Schrader (fr.) sprechen für die Vorlage.

Abg. Dejer (Sp.) weist u. a. auf die gegenwärtige Störung in der Kohlenversorgung mit ihren Anschlägen und Anpreisungen hin und fordert den Minister auf, dafür zu sorgen, daß die Anfuhr der Kohlen wieder normal wird. Er äußert gegen die Vorlage verschiedene Bedenken, erklärt aber, daß seine Freunde dem Staat die vermehrte Macht im Kohlendyndikat nicht verweigern wollen und darum für die Vorlage stimmen werden.

Abg. Hue (Soz.):

Unsere Bedenken gegen die Vorlage sind durch die Verhandlungen im Ausschuss nicht beseitigt. Es sollen hier Willkür für Erwerb einer Zeche ausgeübt werden, ohne daß die nötigen finanziellen Unterlagen dafür vorhanden sind. Das haben in der Kommission auch Vertreter anderer Parteien zugeben müssen. Wir lehnen jedenfalls die Verantwortung für diese Art Gesetzgebung ab. Ein Privatunternehmer hätte mit so lächerlichen Unterlagen niemals ein so wertvolles Geschäft von 100 Millionen abgeschlossen. Die Regierung hätte doch gerade im Kohlendyndikat genug Erfahrungen sammeln können, um diesen Herren gegenüber mit Vertrauen erfüllt zu sein. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Gewiß, die Hibernia-Zeche rentiert sich heute außerordentlich gut. Aber nur, weil die Lohnverhältnisse so so schlecht sind. Vom Juli 1914 bis Ende 1915 sind die Vergarbeiterlöhne auf der Hibernia-Zeche nur um rund 10 Prozent gestiegen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und das bei der jetzigen Teuerung aller Lebensmittel. Die Regierung hofft nun weiterhin auf einen Anstieg von 1,50 Mark für jede Tonne. Diese Hoffnung ist aber trügerisch. Das Mißverhältnis zwischen der hohen Rente und den niedrigen Löhnen kann doch bei einer staatlichen Beteiligung unmöglich aufrecht erhalten werden. Geschieht das aber nicht, dann muß ganz naturgemäß die Rente sinken. Die Übernahme der Hibernia erfolgt viel zu kostspielig. Wenn die staatliche Übernahme nach dieser Vorlage erfolgt sein wird, so werden die Stammaktionäre insgesamt 558 Prozent Dividende geschuldet haben. Außerdem erhalten sie noch 98 Millionen Mark voran gezahlt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die unteren und mittleren Beamten und Staatsarbeiter petitionieren fortgesetzt um eine Aufbesserung ihrer lässlichen Bezüge, hier aber wird

den reichsten Leuten Deutschlands eine Summe von 100 Millionen

aus dem Staatskassen gegeben. Da muß man wirklich fragen, wie lange will das preussische Volk denn diese Mißwirtschaft noch dulden. (Unruhe rechts. Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

In der Kommission habe ich auf die sanitären Verhältnisse der Zeche hingewiesen. Da wurde erklärt, davon sei der Oberbergbehörde nichts mitgeteilt worden. Aus den Verichten des allgemeinen Annapathisvereins aber ist zu ersehen, daß die Krankheitsziffern der Zeche, die wir hier erwerben wollen, die verhältnismäßig höchsten sind. Der Staat wird also hohe Ausgaben machen müssen, um diese sanitären Verhältnisse zu verbessern, und das wird die Rentabilität der Zeche sicher nicht verbessern. Diese Krankheitsziffern hätten daher auch dem Landtag mitgeteilt werden müssen. Weiter habe ich in der Kommission die Vorlage von Material über die Verhältnisse des Kohlendyndikats, Richtpreise, Verkaufspreise, Beteiligungsziffer usw. verlangt. Die Kommission hat diese Vorlegung bei der Erörterung beschlossen. Inzwischen aber nehmen Sie die Vorlage an und tappen vollständig im Dunkeln darüber, welche Bindungen nun der Fiskus mit dem Beitritt zum Kohlendyndikat einget. Während die Richtpreise des Syndikats nur eine geringe Erhöhung seit Kriegsbeginn erfahren haben, sind die Verkaufspreise außerordentlich hoch gestiegen. Der Minister hat zwar in einem Erlaß gegen die Wucherpreise Stellung genommen, es wäre aber notwendig gewesen, daß er Höchstpreise für den Kleinverkauf festgesetzt hätte. In diesen Städten sind diese Preise um mehr als 100 Proz. gestiegen. Die Regierung sollte einmal dem

Kohlenhandel im Kohlenverkauf

näher nachsehen. Es haben sich auch da parasitäre Egoismen eingeschoben, die lediglich durch die weitere Verminderung des Verkaufs um gemein hohe Vermittlungsgeschäften einfließen. Das Syndikat schließt auch Verträge mit den Abnehmern, wozu diese sich verpflichten müssen, die Verkaufspreise entsprechend zu erhöhen, wenn ihnen irgendwelche staatlichen Lasten auferlegt werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also man beschleibt Steuern und Abgaben, die die Reichen treffen sollen, in der Tat aber werden sie den ärmsten Konsumenten aufgeschuldet. Das sind Zustände von schmerzlicher wirtschaftlicher Tragik. Die Kohle ist Nationaligentum unseres Volkes, sollte nicht länger in den Händen von Privatunternehmern bleiben, die ihre Macht rücksichtslos den Kleinen gegenüber ausüben. Wegen des angeblichen Kohlemangels werden heute für elende Privatere Kwothekpreise gefordert. Dabei haben wir in der Tat Kohlen genug. Die Vergarbeiter tun ihre Pflicht und machen ständig Lieberbüßen. Sie sollten nur auch den entsprechenden Lohn dafür bekommen.

Aus all diesen Gründen können wir einer so mangelhaft begründeten Vorlage nicht zustimmen, die nur die reichsten Leute noch um viele Millionen reicher machen wird. Wenn wir, die prinzipiellen Freunde der Verstaatlichung, eine solche Vorlage ablehnen, so wird das im Lande gut verstanden werden. Wenn der Landtag sich keiner Verantwortung bewußt wäre, so müßte er die Abstimmung über diese Vorlage aussetzen, bis eine bessere Begründung vorgelegt wird. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokr.)

Handelsminister Sydow wendet sich gegen einige Ausführungen des Vorredners. Der Preis sei durchaus angemessen. Wir brauchen die Hibernia, um wirtschaftlichen Einfluß zu erhalten. Was die Krankheitsziffern der Belegschaft der Hibernia anlangt, so weisen

sie nicht wesentlich ab von den Krankheitsziffern der Gesamtbelegschaft der allgemeinen Annapathisvereine.

Abg. v. Pappenheim (l.) bestreitet, daß das Kohlendyndikat einseitige Interessenpolitik treibt.

Damit schließt die Debatte.

Die Vorlage wird angenommen. Ein Antrag Braun, die Regierung zu eruchen, im besonderen Geschäftsberichte oder den Betriebsberichten der preussischen Bergverwaltung künftig auch Angaben zu machen über die Kohlenförderung, die Kohls- und Weisensfabrikation der Hibernia, die Erlöse, Ausgaben und Ueberlässe pro Tonne mit besonderer Berücksichtigung der Lohnkosten pro Tonne, die ausbezahlten Lohnsummen und die pro Arbeiter jährlich durchschnittlich verfahrenen Schichten, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen und der fortschrittlichen Volkspartei abgelehnt.

Es folgt die dritte Lesung des

Diätengesetzes.

Abg. Frhr. v. Richthofen (l.):

Wir hatten nach wie vor den gegenwärtigen Augenblick für eine Neuregelung des Diätengesetzes als nicht geeignet. (Zustimmung rechts.) Es würde im Lande nicht verstanden werden, wenn die Abgeordneten sich jetzt gewisse Vorteile selbst bewilligen. (Große Unruhe links.) Die Neuregelung wird nur zu einer Vermehrung der Berufsparlamentarier führen, das sind Leute, die in der Ausübung des Mandats ihren einzigen Beruf erblicken und nicht mehr mit dem praktischen Leben in dauernder Fühlung sind. Gewährung der freien Fahrt in ganz Preußen wird zu einer Steigerung der Reiselust der Abgeordneten führen. Es ist jetzt im Interesse am wenigsten angebracht. Man sollte die Angelegenheit bis nach Friedenschluß vertagen. Kommt das Gesetz aber jetzt zustande, so muß es jetzt wenigstens möglichst praktisch gestellt werden. Dabei sind wir für eine Differenzierung der Berliner und der auswärtigen Abgeordneten. (Bravo! rechts.)

Abg. Waldstein (Sp.):

Die Konservativen haben in der Kommission selbst Anträge gestellt, die über die Fassung der Regierungsvorlage hinausgehen und die angeblichen Vorteile für die Abgeordneten noch vermehrt haben würden. (Hört! hört! links.) Im übrigen handelt es sich nicht um Vorteile, die die Volkstretter sich selbst zuwenden, sondern im Interesse einer angemessenen Regelung unserer laufenden Geschäfte sollen Abgeordneten Vorteile genommen werden, die sie bisher genossen haben, ohne sich an den Gehältern dieses Hauses zu beteiligen. (Lebhafte Zustimmung links.) Deshalb sollen Anwesenheitsgelder eingeführt werden. Es soll der Zustand beseitigt werden, daß den Abwesenden

sogenannte Schwänzzprämien

bezahlt werden. (Sehr wahr! links. Unruhe rechts.) Für eine Differenzierung zwischen Berliner und auswärtigen Abgeordneten können wir nach den Erklärungen der Regierung nicht eintreten, ohne das Gesetz zu gefährden. Wenn die Konservativen an diesen Anträgen festhalten, so kann es ihnen wohl nur darauf ankommen, das Gesetz zu Fall zu bringen. (Zustimmung links.)

Abg. Leinert (Soz.):

Die Schuld, wenn das Gesetz nicht zustande kommt, liegt ausschließlich an den Konservativen. Es ist in der Kommission alles Mögliche getan worden, um einen Ausgleich herbeizuführen. Die Konservativen wollten doch nicht noch immer Verzicht spielen, sondern nur sagen, daß sie das Gesetz zu Falle bringen wollen, damit die Vorteile, die die jetzige Diäteneuerung ihnen bietet, für sie erhalten bleiben. Es ist im Lande gar nicht bekannt genug, daß jetzt die Abgeordneten pro Tag vom Beginn der Session bis zum Schluß 15 Mark bekommen, ganz gleich, wieviel Sitzungen währenddessen stattfinden. Wollen Sie diese Zustände aufrecht erhalten? Es ist ja traurig genug, daß solche Debatten in diesem Hause notwendig sind. (Sehr wahr! links.) Das ist aber nicht unsere Schuld. Wir wollten die Vorlage ohne Debatte erledigen. Daß die Vorlage wesentliche materielle Vorteile für die Abgeordneten bringt, stimmt nicht. Jetzt bekommen die Abgeordneten pro Monat 450 R., von Anfang bis Schluß der Session, nachher 500 R. pro Monat, aber nur für vier Monate, und für den Rest noch 1000 R. Außerdem aber muß dann jeder Abgeordnete hier sein, während es jetzt eine große Zahl von Abgeordneten gibt, die wochen- und monatelang in ihrer Heimat zubringen und die Diäten nach Hause geschickt bekommen. Das ist der springende Punkt. (Sehr wahr! links.) Die Preisfahrkarten sind deshalb notwendig, damit der Abgeordnete die Möglichkeit hat, im Interesse der richtigen Ausübung seines Mandats sich im Lande umzusehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.):

Im Seniorenlombent wurde gerade von konservativer Seite angeregt, das Gesetz ohne Debatte zu verabschieden. (Hört! hört! links.) Den Zeitpunkt der Vornahme eines gesetzgeberischen Wertes schließt man immer nur vor, wenn einem das Gesetz nicht paßt. (Sehr richtig! Juraß bei den Sozialdemokraten: Wohlrecht!) Davon, daß wir uns Vorteile sichern wollen, kann keine Rede sein. Das Unannehmliche, das die Regierung im Ausschuss ausgesprochen hat, begreife ich nicht. Die Tätigkeit von Berufsparlamentariern — zu denen zum Beispiel auch ich gehöre, seitdem ich mein Amt niedergelegt habe — kann nur dazu beitragen, die Ueberlieferungen des Hauses aufrecht zu erhalten. (Sehr richtig! links.)

Ein Regierungsvertreter erklärt die konservativen Anträge für unannehmbar.

Abg. Ad. Hoffmann (Soz. A. R.):

Für die Konservativen ist der Krieg nur eine Audienz. Als ich vor zehn Jahren zum erstenmal in dieses Haus kam, wunderte ich mich über die Fälle in der Garderobe. Da wurde mir gesagt, eine solche Fälle sei nur einmal im Jahre und dann nie wieder. Die Herren kommen nur her, um sich anzumelden, und lassen sich dann nie mehr sehen. Sie lassen sich sogar die Diäten postfrei zuschicken. Auch heute sieht man ja auf der Rechten sehr viele unbekannte Gesichter. (Weiterleft.) Die Herren v. Pappenheim und Heidebrand können natürlich leichter regieren, wenn wenige ihrer Parteifreunde da sind. Wenn alle da sind, so könnte es ihnen nicht so leicht sein, sie an der Oberpräsidentenstippe zu ziehen. (Weiterleft.)

Damit schließt die Debatte.

Der Antrag auf Wiederherstellung der Differenzierung der Berliner und Nichtberliner Abgeordneten wird auf Antrag des Abgeordneten Pappenheim namentlich abgelehnt. Der Antrag wird mit 165 gegen 193 Stimmen abgelehnt, und hierauf die Vorlage nach den Beschließen zweiter Lesung gegen die Konservativen angenommen. Die notwendige Abänderung der Verfassung wird ebenfalls angenommen.

Ein Vorlage über die Sicherstellung des kommunalen Wahlrechts der Kriegsteilnehmer wird in dritter Lesung angenommen.

Nach Erledigung einiger kleineren Anträge ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung unbestimmt, jedoch nicht vor dem 6. Februar.

Schlus 4 Ugr.

Parlamentarisches.

Religionsunterricht und Dissidentenkinder.

Der verstärkte Unterrichtsausschuss des Abgeordnetenhauses beriet den Antrag Dr. Friedberg (natl.) und Genossen auf Befreiung des Zwangs zum Religionsunterricht für Dissidentenkinder. Der Berichterstatter Abg. Voisin (natl.) wies auf die ungelöste Rechtslage hin. Einer der Mitunterzeichner trat für den Antrag ein. Die Zentrumspartei beantragte Erweiterungen und Ergänzungen zum Antrag Dr. Friedberg. Hiernach soll für die Befreiung des Religionsunterrichts der Kinder die Eintragung der Eltern maßgebend sein und wenn eine solche nicht vorliegt, das bürgerliche Gesetzbuch gelten soll mit der Maßgabe, daß weder der Vormund noch der Pfleger des Kindes dessen religiöses Bekenntnis ändern könne; gegen den ausdrücklichen Willen der Erziehungsbehörde soll ein Kind nicht zur Teilnahme am Religionsunterricht einer anderen Glaubensgemeinschaft angehalten werden können. Nach Vollendung des 14. Lebensjahres soll das Kind über sein Glaubensbekenntnis entscheiden können. Für die Willenserklärung der Erziehungsbehörde soll die Form vorzuziehen. Der Zentrumredner betonte, daß seine Partei dem Verlangen des Antrags Dr. Friedberg zustimme und schon 1913 dafür gestimmt hat.

Ein Regierungsvertreter erklärte, die Regierung würde dankbar sein, wenn ein Weg zur Lösung der Frage gefunden werde, aber solange dies nicht gelungen ist, könnten grundsätzliche Änderungen nicht stattfinden. Die Beratung wird fortgesetzt.

Aus Groß-Berlin.

Verwahrlosung der Jugend?

In Berlin war den Schulkommissionen, die bei der Ueberwachung des Schulbesuchs der Gemeindefachkinder mitzuwirken haben, seit einiger Zeit eine Minderung der Schulversäumnisse aufgefallen. Mit Sorge bemerkten sie auch manches andere, was sie als Zeichen einer zunehmenden Jugendverwahrlosung deuten zu sollen glaubten. Zu einem hierauf hinweisenden Schreiben des Vorsitzenden der Schulkommissionsvorsitzer erklärte die Schuldeputation in ihrer Antwort, daß sie dieselbe Wahrnehmung wie die Schulkommissionen gemacht habe. Die Schulkommissionsvorsitzer wurden dann zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenberufen, deren Zweck ein Meinungsaustausch über „die wachsende Verwahrlosung unserer Schuljugend“ war.

Ein einleitender Vortrag von Stadtschulrat Fischer betonte die große Wichtigkeit dieser Frage, wozu aber vor falscher Verallgemeinerung der allerdings in steigender Zahl beobachteten Verwahrlosungsfälle. Widerprechen müsse er der etwa daraus hergeleiteten Ansicht, daß die ganze Volksschuljugend Berlins jetzt in Verwahrlosung begriffen sei. Das Uebel mache sich in Berlin nicht schlimmer als in anderen Großstädten bemerkbar, und dieselbe Lage wie in Deutschen Reich höre man auch in den anderen kriegführenden Ländern. Auf den Krieg, der bei den Schulkindern manche gute Seite entwickelt habe, sei leider auch die bedauerliche Minderung der Schulschwänzer und die Zunahme von allerlei Strafenumfug der Schuljugend zurückzuführen. Man habe früher in der Erziehung den Einfluß des Vaters, der jetzt meist fehle, doch sehr unterschätzt. Auch das spreche mit, daß jetzt viele zum Heeresdienst eiberufenen Lehrer durch Lehrerinnen ersetzt seien. Weiter beklagte Fischer, daß die Schundliteratur, deren Verbreitung wieder zugenommen habe, sehr ungünstig auf die Jugend einwirkte. Er forderte, die Schulkinder in ihrer schulfreien Zeit besser zu beaufsichtigen, sie mehr als bisher den Kinderhorten zuzuführen, sorgfältiger auf Fernhaltung von den Kinos zu achten, der Schundliteratur entgegenzutreten, die gewerbliche Beschäftigung schulpflichtiger Kinder wieder einzudämmen, ihnen in den Abendstunden den Aufenthalt auf der Straße zu verbieten. Den Schulkommissionen solle die Aufgabe zu, durch strenge Prüfung der Schulversäumnisse den ersten Anfängen der Verwahrlosung zu begegnen.

In der Besprechung, an der sich viele Schulkommissionsvorsitzer sowie Schulinspektor Schepp und eine Vertreterin der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge beteiligten, wurde fast ausnahmslos den Klagen über Jugendverwahrlosung Zustimmung. Mehrere Redner wiesen darauf hin, daß auch die Schwierigkeit des Lebensmitteleinkaufs, den eine außerhalb des Hauses arbeitende Mutter kaum selber besorgen kann, die Kinder auf die Straße treibe. Befragt wurde, daß im Laufe des Krieges die Schundliteratur so große Verbreitung gefunden habe. Viel versprechen sich die Schulkommissionen von einer eindringenderen Erziehungsarbeit der Schule, einem auch außerhalb des Schulunterrichtes ausübenden Einfluß der Lehrerschaft. Die Schulkommissionsvorsitzer hielten auch für nötig, daß die Schule ein möglichst weitgehendes Zuchtigungsrecht hat. Die bedeutliche Forderung, dieses Recht noch zu steigern, schien bei ihnen allseitige Zustimmung zu finden. Bezüglich ihrer eigenen Mitwirkung im Kampf gegen Schulschwänzer wünschten sie, daß die von ihnen bearbeiteten Versäumnisfachen rascher von der Schulpolizei erledigt werden und öfter mit Straffestsetzung enden könnten.

Eine Resolution im Sinne dieser Ausführungen wurde angenommen. Auch die Betonung des Zuchtigungsrechtes fehlte in ihr nicht. Manchen Leuten gilt es leider immer noch als Allheilmittel, obwohl man mit dem Stock niemals etwas Gutes in das Kind hineinprügeln, wohl aber leicht den Nest edler Empfindungen vollends mit ihm zertrümmern kann.

Reizzulagen für Schwerstarbeiter.

Der Magistrat schreibt und: Die Reizstelle Groß-Berlin hat Vorlage getroffen, daß den Schwerstarbeitern Speisetzulagen durch Vermittlung ihrer Arbeitgeber gewährt werden. Welche Arbeitergruppen zu den Schwerstarbeitern gehören, ist durch die Reichsbehörden festgelegt. In der Hauptsache sind es Bergarbeiter unter Tage und Feuerarbeiter in der Eisen-, Waffen- und Munitionsindustrie. Welche Arbeiter im einzelnen als Schwerstarbeiter im Sinne dieser Vorschriften anzusehen sind, wird nicht von der Reizstelle, sondern vom Polizeipräsident im Einvernehmen mit der Generalkommission festgesetzt. Den betreffenden Fabriken werden von den Gemeinden Speisetzulagen zugestiftet, auf die sie die erforderliche Menge beziehen können. Anträge von Firmen auf Bewilligung von Zulagen für ihre Arbeiter, die von der Polizei nicht als Schwerstarbeiter anerkannt sind, haben keinen Zweck. Die Verteilung der Zulagen an die Schwerstarbeiter ist Sache des Arbeitgebers.

Die Millionenschwinderin Frau Nels Kupfer und ihre Tochter Gertrud wurden Montagmorgen der Staatsanwaltschaft II vorgeführt. Frau Kupfer ist im vollen Umfange geistig. Die Tochter versteht von kaufmännischen Geschäften nichts. Sie betrieb vor dem Kriege als Liebhaberin die Fliegerei und lebte in Leipzig auch die Fliegerei ab. Nach größerer Flüge hat sie vor dem Kriege schon ausgeführt. Die Mitteilung, daß in der Wohnung der Verhafteten 450 000 M. bares Geld gefunden worden sei, ist unrichtig. In der Wohnung hat man lediglich 46 M. Wirtschaftsgeld gefunden. Frau Kupfer gab alle ihre Konten bei den sechs Banken an, mit denen sie in Verbindung stand. Ihre Guthaben belaufen sich zusammen auf 890 000 M. Dazu kommen noch 25 000 M. Kriegsanleihe. Daß im Hintergrunde der ganzen Unternehmung als Urheber und treibende Kraft ein Mann stehen sollte, etwa ein Liebhaber der Frau Kupfer, ist weiter nichts als ein leeres Gerücht. Die unternehmende Dame hat ganz auf eigene Faust gehandelt. Nach vorläufiger Ermittlung hat sie für einzelne Einlagen Gewinne bis zu 800 Proz. ausgezahlt.

Reform der Groß-Berliner Brotversorgung? Zwischen den Groß-Berliner Kommunalverbänden finden, wie eine Korrespondenz mittelt, zurzeit Verhandlungen statt, von denen eine grundlegende Änderung der Groß-Berliner Brotversorgung erwartet wird.

Militärverwaltung und Verkehrsnot. Im Einvernehmen mit der Kriegskammer im Bezirk des Oberkommandos in den Marken und dem stellvertretenden Generalkommando des Gardekorps hat die Handelskammer zu Berlin es übernommen, Gesuche um Bestellung von Gespannen und Fuhrkräften aus den in Groß-Berlin garnisonierenden Ersatztruppenteilen von Interessenten entgegenzunehmen und das Notwendige zu veranlassen. Die mündlichen oder schriftlichen Gesuche sind daher nicht mehr an die Kriegskammer beim Oberkommando in den Marken und das stellvertretende Generalkommando des Gardekorps, sondern direkt an die Handelskammer zu Berlin zu richten.

Eine Folge der Koffennot. Die lediglich auf Verkehrsbehinderungen zurückzuführende Koffennot hat dazu geführt, daß gestern einige Gemeindeschulen wegen ungenügender Heizung den Unterricht ausfallen lassen mußten. Der Magistrat versichert, daß der Unterricht spätestens morgen in gutdurchwärzten Klassenräumen wieder aufgenommen werden kann.

In die Kindererziehung des Vereins für Volkshygiene Groß-Berlin sollen in diesem Jahre in erhöhter Anzahl Knaben und Mädchen aus den Volksschulen gebracht werden, die aus der Schule entlassen, aber ohne eigentliche Krankheit körperlich so schwach sind, daß sie einer längeren Erholung bedürfen. Der Landaufenthalt dieser Kinder soll nicht unter drei Monaten betragen. Sie müssen allerdings für die unentgeltliche Aufnahme keine Arbeiten im Haus oder Garten übernehmen; diese Arbeiten bestehen aber nur in leichten Hilfsleistungen und führen, wie uns der Verein für Volkshygiene mitteilt, in keiner Weise die beabsichtigte körperliche Kräftigung. Nähere Auskunft erteilt die Vermittlungsstelle für diese Land-erholung, Waterloostraße 7, part. links.

Neue Feldpostadressen. Für die Adressierung von Feldpostsendungen treten am 13. Februar neue Bestimmungen in Kraft. Bei Truppenteilen, die einem Regimentsverband angehören, darf außer der Angabe von Regiment, Bataillon, Abteilung, Kompanie, Batterie und Eskadron nichts hinzugefügt werden, auch nicht die Feldpostnummer. Behörden Truppenteile keinem Regimentsverband an, wie selbständige Bataillone, höhere Stäbe, Kolonnen, Flieger, Panzer usw., so ist die dienstliche Bezeichnung der betreffenden Formation mit dem Zusatz: „Deutsche Feldpost Nr. ...“ notwendig. Alle Feldpostämter und Feldpostexpeditionen werden nur noch mit „Deutsche Feldpost“ und einer Nummer bezeichnet. Bei Angehörigen der Stäbe von Armeekorps sowie von Divisionen und Brigaden muß die Feldpostnummer in der Adresse fortbleiben. Verbote sind alle Angaben über Kriegsschauplätze, Zugehörigkeit zu Armeen, Armeegruppen oder Armeekorps, Divisionen, Armeekorps, Divisionen und Brigaden. Die Angabe eines höheren Stabes darf nur bei den Adressen von Angehörigen dieser Stäbe erfolgen. Die Bekanntgabe der neuen Adressen nach der Heimat geschieht durch die Truppenangehörigen.

Feldpostsendungen an Heeresangehörige, deren Postversorgung österreichisch-ungarischen Feldpostämtern obliegt, müssen in der Aufschrift die österreichisch-ungarische Feldpostanleihe richtig und vollständig „R. u. U. (oder österreichisch-ungarische) Feldpostamt Nr. ...“ enthalten, weil die letzteren sonst leicht mit den deutschen Feldpostanstalten, die die gleichen Nummern führen, verwechselt werden.

Eine Beschlagnahme der Käsefäden ist nicht beabsichtigt. Die Seeresverwaltung stellt im Gegenteil bereits seit über Jahresfrist den Käsefabrikanten vierteljährlich beträchtliche Mengen beschlagnahmter Käse zur Verfügung. Es besteht also kein Anlaß, sich über den laufenden Bedarf hinaus mit Vorräten an Käsefäden zu versehen.

Sämtliche Delaturanstalten und ähnliche Betriebe sind verpflichtet, jede ihnen zur Delatur übergebene Ware vor und nach der Vornahme der Delatur zu wiegen. Durch Auslieferung einer Ware, die nach der Delatur mehr als 400 Gramm für den Quadratmeter wiegt, machen sich strafbar.

Ein Opfer der Kälte ist ein unbekannter Mann geworden, der gestern morgen in der Reinigung des Hauses Reichenderger Str. 21 tot aufgefunden wurde. Er hat dort wahrscheinlich übernachtet und ist erfroren. Der Mann ist etwa 50-60 Jahre alt und hat graugeschichtes Haar.

Zwei Vordurchstellungen ereigneten sich in der Engel-Apothek in der Kanonierstraße. Der dort angestellte, 80 Jahre alte, unverheiratete Probirer P., hatte Montagabend in Begleitung eines Mädchens die Apotheke aufgesucht um hier zu übernachten. Gestern früh wurden beide tot vorgefunden. Wahrscheinlich war durch Unvorsichtigkeit der Schlauch von dem kleinen Gasofen abgestreift

worden, so daß das Gas frei austrat. Alle Bemühungen, die Vergiftungen wieder ins Leben zurückzuführen, blieben erfolglos.

Eine Gesellschaft von Schauspielerinnen, die nicht weniger als 80 Einbrüche auf dem Reichholz hat, ist dingfest gemacht worden. Die Gesellschaft besteht aus drei Burshen und zwei Mädchen. Man hatte es besonders auf Zigarren, Cigarinen und Frauenkleider abgesehen. Die Beute wurde in einen „Brüchler“ geschafft, wo Dienen und Zuhälter als Käufer erschienen. Den Erlös plünderten die Einbrecher und ihre Mädchen sofort bei Trunk und Spiel wieder durchzubringen.

Aus den Gemeinden.

Stadtverordnetenversammlung in Schöneberg.

Die Ueberrahme der Müllabfuhr in eigene Regie beschäftigte die Sitzung am Montag. Der Magistrat will für die städtischen Grundstücke die eigene Regie einrichten und fordert dazu einen Betrag von 5000 M. zur Beschaffung der Müllkästen. Die Redner der Fraktionen stimmten dem auch zu. Stadtv. Schiller (Lib. Frakt.) ging auf die Liebelstände der letzten Schneebereitigung ein und bedauerte, daß gar keine Arbeiter sich gemeldet hätten. Die Straßenreinigungsdeputation empfiehlt daher, daß die Hausbesitzer verpflichtet werden, mitzubekommen an der Bereitung des Schnees und Eises vom Bürgersteig und Straßendamme. Die Hauswirte müßten unter den Mietern eine Liste zirkulieren zu lassen und die Mieter hätten dann der Reihe nach anzutreten. Diese Tätigkeit sei als sehr bedeutend mit dem Hilfsdienstpflichtigen. Der Magistrat soll das Oberkommando dafür zu gewinnen suchen. Genosse A. A. erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion der Ueberrahme in eigene Regie zustimme, diese sei jedoch nicht nur auf die städtischen, sondern auch die Privatgrundstücke auszuweiten. Während die Müllabfuhr durch die Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer mehrere Monate hindurch einigermassen gelaßt hätte, häuften sich jetzt wieder die Müllberge auf den Höfen gewaltig an. Aus hygienischen, sanitären und finanziellen Gründen muß die Stadterhaltung die gesamte Müllabfuhr übernehmen. Der Magistrat solle die günstige Gelegenheit nicht unbenutzt verübergehen lassen. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte daher:

„Der Magistrat wird ersucht, umgehend eine Vorlage einzubringen, die bewirkt, daß die Müllabfuhr von allen in Schöneberg liegenden Grundstücken in eigene Regie übernommen wird. Ferner zu erwägen, inwiefern die Müllverbrennung von Vorteil bzw. in Verbindung mit der Ueberrahme des hiesigen Gaswerkes erfolgen könne.“

Der Antrag Schiller müsse abgelehnt werden, da älteren und kranken Frauen nicht zugemutet werden könne, bei der jetzt monatelangen Reinigung in Schnee und Eis tätig zu sein, während die übrigen Frauen nach Lebensmitteln unterwegs sind. Nach Ausführungen des Stadtv. J. J. wurde die Vorlage und der sozialdemokratische Antrag einem Ausschuss überwiesen, dem die Genossen Eichelhardt, Baumler und A. A. angehören. Die freie Fraktion brachte einen Dringlichkeitsantrag ein: die Bevölkerung mit Brennmaterialien zu versehen. Nachdem Bürgermeister Blankenstein mitgeteilt hatte, daß in der Kohlenvergabe bereits Schritte eingeleitet und in den nächsten Tagen auch wieder reichlich Kohlen vorhanden sein werden, wurde der Antrag angenommen.

Protest gegen die Herabsetzung der Kartoffelmengen.

Die Neuköllner Lebensmittelkommission beschloß in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig, gegen die erfolgte Herabsetzung der Kartoffelmengen zu protestieren. Sie ist der Meinung, daß die jetzt festgesetzte Menge nicht ausreichend ist, die Bevölkerung nur einigermaßen zu ernähren und lehnt insoweit die Verantwortung für diesen Beschluß und dessen Folgen ab.

Lebensmittelnachrichten aus Neukölln.

Zur Frage der Kartoffelversorgung in Neukölln teilt uns der Magistrat mit, daß diejenigen Bürger, die wegen Mangels an Kartoffeln nicht in der Lage waren, ihre Kartoffellasten in der vorigen Woche einzulösen, bis auf weiteres berechtigt sind, gegen Vorlage der alten Kartoffellisten und Abtrennung der Marken Kartoffeln zu entnehmen. Da es wegen des großen Profites und der hiermit für den Transport von Kartoffeln verbundene Gefahr nicht möglich ist, die Kleinbändler mit den erforderlichen Kartoffelmengen zu beliefern, findet bis auf weiteres eine Abgabe von Kartoffeln gegen Vorlegung der Kartoffellisten und Abtrennung der entsprechenden Marken sowohl auf dem städtischen Gaswerk, Mittelbuschweg 26/27, als auch auf dem Lagerplatz hinter dem Bahnhof Kaiser-Friedrich-Straße statt. Sobald die Bitterung eine Besserung der Kleinbändler wieder zuläßt, wird die bisherige Lieferungsart wieder zur Anwendung kommen und zwar unter Inanspruchnahme der Kundenliste. Der Termin wird noch bekanntgegeben werden.

Die dem Magistrat überwiesenen Vorräte an inländischer Kar melade gelangen vom Donnerstag, den 1. Februar ab, in den durch Malate kennlich gemachten Geschäften zur Ausgabe. Auf Abschnitt E der Haushaltskarte wird für jedes Mitglied des Haushalts 1 Pfund zum Preise von 60 Pf. abgegeben.

Charlottenburg. 200 Gramm Mehl werden in der Zeit vom 24. bis einschließlich 28. d. M. auf Abschnitt 27 und 28 der roten Nahrungsmittelkarte als Ersatz für weniger gelieferte Kartoffeln abgegeben. Das Mehl kann in allen Geschäften, die Mehl verkaufen, entnommen werden. Die Geschäfte sind verpflichtet, auch denjenigen, die nicht bei ihnen in die Kundenliste eingetragen sind, Mehl zu verabfolgen.

Mehlvergabe in Wilmersdorf. In der Zeit vom 24. bis einschl. 27. Januar 1917 können gegen Abgabe des Bezugsheins R des städtischen Bezugsheins 200 Gramm Mehl entnommen werden. Die Abgabe des Mehles erfolgt von Donnerstag, den 25. Januar 1917, an durch die zum Mehlverkauf zugelassenen Wilmersdorfer Kleinhändlergeschäfte.

Fankower Lebensmittelnachrichten. Vom 22. d. M. ab gelangt in den durch Anschläge kenntlich gemachten Geschäften auf Abschnitt 62 der Lebensmittelkarte ein großer Vorrat ausländischer Kar melade zum Verkauf. Auf jeden Abschnitt werden 250 Gr. zum Preise von 45 Pf. abgegeben. — Mit 22. d. M. tritt die neue Kartoffelkarte in Geltung. In der Woche vom 22.

bis 28. d. M. dürfen auf die 8 Abschnitte 30b-30e dieser Karte höchstens je 1/2 Pfund, also insgesamt höchstens 4 Pfund Kartoffeln abgegeben und entnommen werden. Auf die beiden Abschnitte 30a dürfen Kartoffeln nicht abgegeben, auch diese bis auf weiteres von der Karte nicht abgetrennt werden. — Auf Abschnitt 61 der Lebensmittelkarte werden in der Woche vom 22-28. d. M. 4 Pfund Kohlrüben abgegeben.

Stellungnahme der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher in Weiskopf. Unsere sozialdemokratischen Gemeindevorsteher haben sich aus Anlaß der letzten Vorkommnisse zu untenstehender Erklärung veranlaßt. Die Genossen Blendinger, Gottschall und Simon konnten sich einstweilen der Erklärung nicht anschließen, da diese zurzeit sich im Geesessdienst befinden.

Erklärung.

Unsere Wähler von Weiskopf bringen wir zur Kenntnis, daß eine Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins vom 11. Januar 1917, die von 60 Personen, darunter eine Reihe Nichtwähler besucht war, mit Mehrheit beschlossen hat, die Gemeindevorsteher Blod, Schlemminger und Laubmann nicht mehr als vom Wahlverein aufgestellt zu betrachten, und zwar aus dem Grunde, weil diese dem Beschluß, das Abonnement für die Zeitung „Vorwärts“ anzugeben, nicht nachkommen wollten.

Würden die Genannten statt dessen eine bürgerliche Zeitung abonniert haben, dann wären sie noch vollgültige „Genossen“ in den Augen der beschließenden Versammlung gewesen.

Sie teilen unserer Wählerschaft hierdurch mit, daß wir unsere Kandidaten bis zu Ende unserer Wahlperiode in ihrem Interesse ausüben werden, wie wir bisher nur für die Allgemeinheit gewirkt haben. Unsere Wählerschaft würde es nicht verleben, wenn wir gerade in dieser schweren Zeit ihren Schutz verlassen würden, daher werden wir die Arbeitsgemeinschaft in der Gemeindevorstellung in gleicher Weise und hoffentlich zu voller Zufriedenheit wie bisher weiterführen. Wir erwarten die aufmerksame Beobachtung unseres Verhaltens durch unsere Wähler.

Gustav Blod, Franz Schlemminger, Albert Laubmann.

Obiger Erklärung schließen sich an und treten der genannten Arbeitsgemeinschaft bei

Karl Becker, Gustav Seifert.

Aus aller Welt.

Weshalb hat man jetzt ständig Hunger?

Die Frage der Fettbeschaffung ist, wie der Jenaer Hygieniker Prof. Dr. Abel jüngst in einem Vortrag ausführte, eine der wichtigsten für die Volksernährung. Ein Gramm von 50 bis 60 Gramm täglich geht früher als das gewöhnliche. Vielfach ist in den letzten Jahren diese Menge noch bedeutend überschritten worden; namentlich die Kost des Städtlers hat sich immer fettreicher, ja zu fettreich gestaltet. Man kann rechnen, daß wir jetzt in der gesamten Nahrung nicht mehr als 10 bis 20 Gramm Fett täglich aufnehmen. Man hat das Fett einen mehr als doppelt so hohen Heizwert für den Körper als Eiweiß und Kohlenhydrate. Die Folge des Fettmangels ist also, daß wir bedeutend mehr als ehemals essen müssen, um den Körper die gleiche Kraftmenge zu liefern. Das ist aber für die Verdauungsvorgänge des Städtlers, wenn er nicht sehr kräftige körperliche Arbeit zu leisten hat, eine schwere und vielleicht nicht zu tragende Belastung. Mancher hat daher ständig Hunger, weil er gar nicht so viel essen kann, wie er möchte; es fehlt ihm die sättigende Wirkung der Fettmangel.

Kriegliche Kriegsgewinne. Aus Ebing schreibt man uns: Der Rieter Gustav R. war von dem Arbeiter Walter S. körperlich mißhandelt worden und wollte sich zur besseren Beglaubigung seiner gerichtlichen Anzeige ein ärztliches Zeugnis von einem Dr. E. E. in anfertigen lassen. Als er aber hörte, daß er dafür 80 Mark zahlen sollte, verzichtete er darauf, wie er in der Verhandlung vor dem Schöffengericht erklärte. — Vor dem Kriege kosteten derartige ärztliche Zeugnisse in der Regel 6 M. Der Kriegsausschlag beträgt also 400 Proz.

Kan und noch die „Fischkarte“! Die ersten Fischkarten hat jetzt Danzig eingeführt. Sie sind mit Abschnitten versehen, und der Magistrat bestimmt je nach Art und Größe der Sorten und welche Mengen darauf empfangen werden können.

Parteiveranstaltungen.

Spanau! Hierdurch lade ich alle diejenigen Genossen und Genossinnen, welche der alten sozialdemokratischen Partei auch fernher die Treue bewahren wollen und auf dem Standpunkte der Fraktionslosigkeit stehen, zu einer sehr wichtigen Besprechung am Freitag, den 24. Januar 1917, abends 8 1/2 Uhr, nach dem Lokal von Wille, Lindenauer 17 ein. Emil Scholz, Spanau.

Briefkasten der Redaktion.

Die hiesige Sprachschule findet im Konnenien Bldstr. 3, IV. Hof rechts, parterre am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonntag von 3 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Briefbogen ist ein Zuschuß und eine Post als Briefzeichen beizufügen. Bestehende Kundentexte nicht erteilt. Anfragen, denen keine Wohnungsangabe beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Welche Fragen trägt man in den Sprachstunden vor. Beiträge, Zuschriften und bezüglichen Briefe man in die Sprachstunden mit.

2. 100. Der Antrag auf Kriegskontingente ist unter Vorlegung der Verbandsurkunde und der Beitragsurkunde bei der Bezirksstelle des Magistrats Berlin, am Röllischen Park 2, zu stellen. — **Maikler.** 1. und 2. Jan. — **P. 2. 12.** Sie werden gut tun, wenn Sie sich in dieser Angelegenheit an den Metallarbeiter-Verband wenden, Linienstr. 83-85. — **N. 2. 323.** 1. Das in Folge der Gewerkschaftsorganisationen und müssen Sie sich dabei mit Ihrer Frage beschreiben. 2. Diese Frage vermögen wir leider nicht zu entscheiden. — **P. 2. 100.** „Brombeere“ ist zu empfehlen. Näherlich 22 Hekt, vierteljährlich 4,50 M. „Teufels Monatsbeite“, vierteljährlich 6,25 M. Zu beziehen durch Buchhandlung Vorkwärts, Lindenstr. — **P. 360.** Spezial für diese Zeitungen werden die Vorkwärts hier gedruckt. Ihre Frau tut daher gut, sich auf dem Postamt Konstanz zu holen.

Weitererwünschten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittags. Zeitweise aufhebend, jedoch überwiegend bewilligt, ohne erhebliche Niederschläge, nach vorübergehender Ermüdung von Nordosten nach Südosten fortwährende neue Abklärung.

Cigarren, Cigaretten, Kantabake
Esgras
F. Ernst Barth, Eisenstr. 21.
Akholoff, Getränke.
Franz Abraham
Eck Mesela u. Römertank-Kell.
E. 32 Berlinstr. 3a, Fernspr. Knt. 13708
Hede-Anstaltin
Wundheil
Central-Bad Anzengruberstr. 28.
Koppenstr. 92
Diana-Bad sämtliche Bäder.
National-Bad, Brunnenstr. 9.
Passage-Bad Kottbuser-Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 66.
Bäder u. Konditorien
Oskar Hanke's Brotback.
73 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins
sowie in Neukölln u. Tempelov
Geordnet 1892.
F. Klosewetter, Schönebergstr. 11.
G. Meier, Grünauerweg 17.

Erscheint 2 mal wöchentlich.
Otto Wolff, Traplow, Krähel. 16
Lachan, Gr.-Lichtorf, Gassent. 43a
Böndgen, Gummi.
R. Baake, Brunnstr. 56.
E. Kraus, Kronprinzstr. 35.
A. E. Lange, Brunnenstr. 108
Batter, Eier, Käse
Wilhelm Göbel
25 eigene Pillulen.
Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte
Schröter, R.
43 Detailgeschäfte
Uhly & Wolfram

Bezugsquellen-Verzeichnis.
August Holtz 11 Detailgeschäfte.
Brauerei Bötzw
empfehlts
Qualitätsbiere
ersten Ranges
C. Habels Brauerei
hell - Nabeltrüb - dunkel.
Münchener Brauhaus
Berlin und Oranienburg
Trinkt Wanninger Bier!
Weissbier, C. Breithaupt,
Pallesdenstr. 77 Tel. Exp. 1101, 1013

Grogen und Farben
Werner-Dreger, Erika-Klosterstr. 14
Eisfabriken
Timmer-Essig
überall erhältlich!
Fleisch- u. Wurstw.
W. Beck
Inh.: Herm. Gerlach
Charlottenburg, Berlinstr. 26-28
Fleisch- und Wurstwarenfabrik
Willy Gerlach, Felerburgstr. 31
Otto Kangel, Alie-Jacobstr. 34
Herrn-u. Knopfgew.
Badstr. 19, Ecke
Prinzen-Allee
J. Haer
Lohse & Singski, Schick-Str. 7
Koenigsplatzstr. 2
Fabrich & Co.
Reichman-Lindenstr.
Kolonialwaren
Adam Schmitz, Sohlmannstr. 11.

Eisen, Stahl, Waifen, Werke.
Carl Jung, Bismarck-Str.
Röhmstr. P. Müllerstr. 40b, E. Seest
Wahlhandlungen
Kasseler-
str. 44
Neukölln, Eberstr. 13, Kaiser-Friedr.
Str. 64, Wasserstr. 129, Friedenstr. 21
Tempelov, Grün-Str. 44
Gaige, Otto
Charlottenburg,
Wrangelstr. 75
Ecke Currystr.
Mähmaschinen
Bolmann, E. Goltzowstr. 28
Ecke Mähmaschinen

Mäse, Mäsen, Palmwaren
Vester, E. Kottbuser-
Damm 1219
Kerp. Weid. Wallw. Trümpel
Normann Meyer, Schönebergstr. 41
Photogr. Apparate
M. Albrecht
30, Kottbuserstr. 2
auch Gelegenheitskaff.
Wolke, Liköre, Fruchtalkoh.
Hugo Soling
60 Pillulen in allen Stadtteilen.
— Act.
Herm. Meyer & Co., Ges.
ca. 550 Verkaufsstellen. Gr.-Berl.

Meierei C. Bolle
A.-G.
Berlin N.W. 21 Alt Moabit
11 98102 =
Altster und größter
Milchwirtschaftlicher
= Großbetrieb =
Optiker, Mechaniker
Schubert, Carl. Nolln. Bergstr. 148
Schreibwaren
O. Frochow, Teich Str. 10
Uhrn u. Goldwaren
Lehmann, Ab. Frankl. Allee 4
Vericherungen
„Deutschland“ Berlin
Arbeiterversicherung = Schützen-
Vereinsversicherung, Str. 2.
Spanau
Scheuerehn, Kottb. 15, Post- u. Telw.

Tiere und Pflanzen im Frost.

Unter den höher organisierten Tieren gibt es viele, die im Winter durch rechtzeitige Ausbildung eines dichteren Haarleibes, durch Ablagerung härterer Fettstücken unter der Haut oder durch andere Mittel einen unmittelbaren Schutz gegen die Wirkungen der Kälte genießen.

In der Pflanzenwelt sind Einrichtungen, die den Pflanzenkörper unmittelbar gegen Kältewirkung schützen, bisher nicht nachgewiesen. Was man in dieser Richtung bisher vorgebracht hat, läßt auch andere Erklärungen zu.

Wenn wir bei uns den Winter über Stechpalmen, Eichen und unsere Kadelhölzer im vollen Schmuck ihrer Verlaubung sehen, so ist das kein Widerspruch zu den obigen Ausführungen.

Jeder strenge Winter bewirkt bei uns Frostschäden in der Pflanzenwelt, nicht bloß bei angepflanzten Tiergewächsen die der Gärtner sogar vor solchen Schäden meist zu behüten versteht, sondern auch an heimischen Gewächsen.

Wie es scheint, wird der Umstand, daß die höheren Pflanzen sich nicht von Ort und Stelle bewegen und sich nicht wie die Tiere durch Vertiefen usw. vor der Frostgefahr zu schützen vermögen, dadurch ausgeglichen, daß die Pflanzen in unseren Breiten hohe Nistgrube zu tragen vermögen.

Es ist sehr möglich.

Von Heinrich Zscholle.

Unwahrscheinlich allerdings, sagte Stryl, aber es ist sehr möglich.

Was? sehr möglich? Ich die Kommissär mit donnernder Stimme, daß die ganze Gesellschaft zusammensuhr: Wer an der Dauer der Freiheit zweifelt, hat sie noch nicht geliebt.

Entschuldigen? sagte Stryl ganz ruhig; das ist sehr möglich. Das freie Athen gewöhnte sich erst an einen Verfall, dann an einen König von Mazedonien.

Was wollen Sie mit Ihren Römern, Athenern und Engländern? rief der Kommissär: Was wollen Sie mit diesen elenden, charakterlosen Völkern, die der Ketten wert waren?

Einige Jahre nachher ward Bonaparte erster Konsul, erst für zehn Jahre, dann für Lebenszeit, dann Kaiser und König.

Napoleon veränderte die Welt und verjagte Kronen. Auch Stryl war der Diener einer dieser Kronen und genoss

der Verwandtschaft unseres Meerrettichs, die auf einer Anhöhe stand und hier im Sommer zu blühen begonnen hatte. Der frühe Winter machte dem ein Ende.

In der Tierwelt sind es ebenfalls weniger hoch organisierte Formen, die am meisten oder am längsten Kälte ertragen können. Daß Fische völlig einfrieren und noch dem Auftauen weiter leben können, ist bekannt.

Die angeführten Beispiele beziehen sich alle auf den unteren Nullpunkt. Sie stellen durch Beispiele über den oberen Nullpunkt ergänzt werden, d. h. über die Höhegrade, die lebende Wesen zu ertragen vermögen.

Kleines Feuilleton.

Das Gastspiel der Schlierseer.

Das Schlierseer Bauerntheater ist wieder zu einem mehrwöchigen Gastspiel im Bernhard Rose-Theater eingeleitet. Seit Jahren sind die oberbayerischen Bauernspieler, die wieder als Bühnenkünstler vom „Bau“ noch als „Meerischweinchen“ gelten wollen, in Berlin gern gesehen.

Dießmal ist's: „Wildes Blut“, ein Volksstück in vier Akten mit Gesang und Tanz von Fritz Greiner, der gleichzeitig die Hauptrolle, den „Loni“, kraftvoll, überzeugend verkörpert.

Maria Vogel sang offenbar sich hier als eine nicht gewöhnliche Darstellerin, neben ihrem Partner. Dann treten noch aus dem Rahmen handwerksmäßiger Schauspielerei merklich hervor: Kaber Zerofal, der Leiter, der als „Schusterherl“ eine gediegene Charakterzeichnung gibt.

Die Uraufführung einer altgriechischen Tragödie.

Aus München wird uns geschrieben: Im Münchener Schauspielhaus wagte man viel Geld und Mühe an einen literarischen Versuch: des Aeschylus Drama „Die Perseer“.

die größten Ehren. Nun war kein Mensch mehr Republikaner. Jeder kroch vor dem neuen Herrscher. Ja, niemand wollte jemals zu den Republikanern gehört haben, sondern jeglicher behauptete, von dem Schwindel, der einst alle befallen hatte, freigeblieben zu sein.

Ich finde darin keine Schande, sagte Stryl, als sich einst darüber zwischen seinen besten Freunden Vormüße und Wortwenging erhoben: ich glaube, ihr habt alle, da der Schwindel umging, davon befallen werden können.

Wie? Halten Sie uns alle für so schwache, arme Sünder? riefen sie insgesamt. Wahrscheinlich, ich für meine Person, setzte jeder hinzu, lasse mich nicht leicht von dem politischen Modesticker bestiegen!

Da fällt mir, sagte Stryl, immer aus Addison's Zuschauer der Sultan von Ägypten ein. Dieser Sultan tat sich etwas darauf zugute, ein starker Geist zu sein.

für unsere Zeit eine gewisse Aktualität. Denn es schildert, wie vermehrte Uebermacht an dem Lebenswillen der kleineren Partei gerichtet. Die Perseer, die Hellas unterjochen wollten, wurden geslagen.

Fliegende Briefkästen.

Angefaßt des herrschenden Personalmangels bei den Postbehörden war vor einigen Tagen davon die Rede, daß man den Postboten eine Erleichterung schaffen könnte, wenn im Hausflur Kästen für die Mieter angebracht würden.

Ein Pariser „Stufenhaus“.

Pariser Baumeister haben einen interessanten Versuch gemacht, das alte Baurätel, allen Stockwerken eines Hauses gleichmäßig Licht, Luft und gute Aussicht zuteil werden zu lassen, der Lösung näher zu bringen.

Notizen.

— Theaterchronik. In der Volkshöhne gelangt Schalepeares „Rachet“ in der Inszenierung von Max Reinhardt am Sonnabend neu inszeniert mit Paul Wegener und Hermine Koerner zum ersten Male zur Darstellung.

— Die teilweise Sonnenfinsternis, die programmäßig Dienstag morgen stattfinden sollte, blieb bei uns so gut wie unbedeutend. Der trübe Himmel verhinderte die Sichtbarkeit.

Kopf ins Wasser zu tauchen und augenblicklich wieder herauszuheben. Der Sultan tat es. Kaum aber hatte er den Kopf im Wasser, sah er sich am Rufe eines Gebirges, unfern dem Meeresspüße, ganz einsam. Man denke sich sein Entsetzen!

Direktion Max Reinhardt:
Deutsches Theater.
 7 1/2 Uhr: Figaros Hochzeit.
Kammerspiele.
 7 1/2 Uhr: Gespenstersonate.
Volksbühne.
 Theater am Bülowplatz.
 7 1/2 Uhr: Die Ratten.
Theater i. d. Königgrätzerstr.
 7 1/2 Uhr: Erdgeist.
Komödienhaus
 7 1/2 Uhr: Die verlorene Tochter.
Berliner Theater.
 7 1/2 Uhr: Auf Flügeln des Gesanges.
 Heute u. Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr:
 Lisl's Märchenreise.

Lessing-Theater.
 Direktion: Victor Barnowsky.
 7 1/2 Uhr: John Bull's andere Insel.
 Donnerstag, Freitag: John Bull's u. Insel.
Deutsch-Künstler-Theater.
 Kurfürstend., E. Nürnberger Str.
 Allabendlich 7 1/2 Uhr:
 Der Reisebegleiter.
URANIA
 Taubenstraße 48/49.
 4 Uhr (halbe Preise):
Die Bagdadbahn.
 8 Uhr:
 Geh. Rat Prof. Dr. Lehmann:
 Rumänien als Kriegsschauplatz.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
 Filiale Groß-Berlin.
 Donnerstag, den 25. Januar, abends pünktlich 8 Uhr,
 im Gewerkschaftshaus, Saal 4, Engelauer 15:
General-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 4. Quartal 1916.
 2. Neuwahl der Ortsverwaltung.
 3. Der jetzige Stand der Steuererhöhungen und die Forderung
 von Nahrungsmitteln an die hiesigen Arbeiter zu Berlin.
 4. Verbandsangelegenheiten.
 Zutritt haben nur Mitglieder gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.
 Die Ortsverwaltung.

Fahrplanänderungen.
 Die in letzter Zeit besonders starke
 Beanspruchung der Eisenbahn durch
 den Güterverkehr macht es not-
 wendig, zur glatten Durchführung
 des Güterverkehrs einige Einschrän-
 kungen im Personenverkehr vorzu-
 nehmen. Vom Dienstag, den
 23. d. Mts., ab sollen daher vorüber-
 gehend folgende Züge
 D 159 Bitterberge (ab 11.30) —
 Halle (an 12.25),
 D 160 Halle (ab 7.35) — Bitter-
 berge (an 10.45),
 D 135 Braunschweig (ab 7.35 abds.) —
 Bienenburg — Halberstadt —
 Halle (an 10.41 abds.),
 D 136 Halle (ab 6.36) — Halber-
 stadt — Bienenburg — Braunschweig
 (an 9.35),
 E 43 Magdeburg Hbf. (ab 8.59) —
 Berlin Potsd. Hbf. (an 11.29),
 E 44 Berlin Potsd. Hbf. (ab 7.35
 abds.) — Magdeburg Hbf. (an
 9.42 abds.),
 E 47 Zangerhausen (ab 1.52) —
 Magdeburg Hbf. (an 3.42),
 E 48 Magdeburg Hbf. (ab 3.00) —
 Zangerhausen (an 4.48),
 622 Charlottenburg (ab 6.03 abds.) —
 Belgis (an 7.48 abds.) und
 651 Belgis (ab 5.37 morgens) —
 Charlottenburg (an 7.25).
 Magdeburg, den 21. Januar 1917.
 Königl. Eisenbahndirektion.

Lagerbier
 Ersatz ist
Metus-Gold,
 Schaum u. Farbe wie Lagerbier.
Malzbier
 Ersatz ist
Metus-Caramel
 vollmundig, süßig, nahrhaft und
 wohlgeschmeckend.
 Beide Getränke sind ges. geschützt,
 werden unt. Garantie weder trübe
 noch sauer.
 Cider-Trank, Apfelsgetränk v. Appal.
 Bierersatz auf Wunsch grat.
 Versand auch nach außerhalb
 nicht unter 5 Liter.
 Man verl. Gebrauchsanweisung!
Hermann Führer, Berlin,
 Marsillusstr. 21.
 Fernspr. Königsstadt 2949.

Theater für Mittwoch, 24. Januar.
 Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
 7 Uhr: Der Troubadour.
 Friedrich-Wilhelmstadt, Theater.
 7 1/2 U.: Das Dreimäderlhaus.
Geb. Herrfeld-Theater
 7 1/2 Uhr: Der doppelte Buchhalter.
 Posse mit Gesang und Tanz.
Kleines Theater
 8 Uhr: Am Teetisch.
Komische Oper
 7 1/2 Uhr: Der Puszta-Kavaller.
Lustspielhaus
 7 1/2 U.: Der selige Balduin
 mit Henry Bender.
Neues Operettenhaus
 Kassentelephon: Norden 291.
 7 1/2 U.: Der Soldat der Marie.

Metropol-Theater
 7 10 Min.: Die Csardasfürstin.
Residenz-Theater
 7 1/2 U.: Die Warschauer Zitadelle.
Schiller-Theater O.
 7 1/2 Uhr: Will und Wiebke.
Schiller-Th. Charlottenb.
 7 1/2 U.: Der Familientag.
Thalia-Theater.
 7 1/2 U.: Das Vagabundenmädcl.
Theater am Nollendorfpk.
 3 1/2 Uhr: König Heinrich.
 7 1/2 U.: Blaue Jungens.
Theater des Westens
 7 1/2 U.: Die Fahrt ins Glück
 mit Guido Thielscher.
Trianon-Theater
 7 1/2 U.: Willis Hochzeitstag.

Berlin, Kottbuser Straße
 Eröffnung 27. Januar
VIKTORIA-THEATER
 Hebb.-Haltest. Kottbuser Tor
EINE FÜLLE
neuer ATTRAKTIONEN bringt
HAGENBECK
Einen RIESENSPIELPLAN!
 Die gewagtesten und vollendetsten
RAUBTIERDRESSUREN!
 Die unerschrockensten **DOMPTEURE:**
CARL FELDMANN - FRITZ ELSKAMP
C. CHRISTENSEN - TILLY BÉBÉ, Dompresse
 Die Herrlichste Sammlung
 Dressierter **EXOTISCHER TIERE** aller Gattungen
 Die fachkundigsten **DRESSEURE**
 Außer eine Menge **SPEZIALITÄTEN**
 Vorverkauf: Theaterkasse u. Wertheim.

Bekanntmachung.
 Von Freitag, den 26. Januar
 b. 3. ab fallen die Schneezüge
 E 113 an ihren Berlin-Görl. Bahnh.
 (ab 3 1/2) und Görlitz (an 6 1/2
 abds.) und
 D 192 (Breslau-)Görlitz (ab 4 1/2
 abds.) — Berlin-Görl. Bahnh. (an 7 1/2
 abds.)
 Vom gleichen Tage ab wird der
 Schneezug D 191 Berlin-Görlitz
 (ab 10 1/2) — Görlitz (an 1 1/2)
 (—Breslau) in einen Güterzug um-
 gewandelt.
 Halle (Saale), den 22. Januar 1917.
 Königl. Eisenbahndirektion.

In Freien Stunden.
 Romane und Erzählungen für
 das arbeitende Volk. Fort geht
 15 Bl. Buchhandlung Sorowits,
 Berlin SW 68, Lindenstraße 2.
Spezial-Arzt
 Dr. med. Hasche,
 Friedrichstr. 90
 direkt am
 Stadtbahnhof
 Spezial von Syphilis, Haut-
 Harn-Frauenleiden, (per gram-
 melle, Ehrlich-Dia-Kuren, Iodmer-
 kure, färsche Behandlung ohne Be-
 rührung, Blutuntersuchung, Rönt-
 gen, Röntgenstrahlung, Sprechstunden
 10-1 und 5-8, Sonn. 11-1.
Haben Sie Frost?
 an Händen, Füßen u. Ohren
 Reichel's Frostikon-Balsam
 beseitigt Frostbeulen, Rötte und
 Jucken. Fl. 1.—
 Reichel's Frostikon-Salbe gegen
 offene Frostwunden u. Schäden. Dose 1.—
 Erfolg überraschend.
 Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Circus Busch
 Tägl. 7 1/2, 8 1/2 u. 9 1/2 u. 7 1/2 U.
 Das erste große Zirkusprogramm.
 Die erste große, beliebte
 Brunst-Ausstattung.
 Die Geierprinzessin.
 Sonntag 3 1/2 Uhr wiederum:
 Mein Weihnachtsmann.
 Sonntag 3 1/2 Uhr auch nachm.:
 Die Geierprinzessin.

Zirkus A. Schumann
 Der Zirkus ist gut gehiebt.
 Täglich abends 7 1/2 Uhr:
 Das große glänz. Zirkusprogramm.
 Um 8.30 Uhr
 die große 4 akt. Ausstattung-Pant.
Die Seeräuber.
 Voranzeige! Sonntag, 24. Jan.:
 2 gr. Vorstellungen, 3 Uhr u. 7 1/2 Uhr,
 Nachm. 1 angehör. Kind frei.
 In beide Vorstell.: Die Seeräuber.
 Biletts z. den Sonntags-Vorst.
 sind schon jetzt a. der Zirkus-
 kasse zu haben.

WINTERGARTEN
 Vorletzte Woche:
„Die grüne Flöte“
 Ballettpantomime.
 Inszenierung von
Max Reinhardt
 sowie der
 neue, abwechslungsreiche
Varieté-Spielplan.

Rose-Theater.
 7 1/2 Uhr: Schiffslied Kaber Teresal
 mit ihrem Schiffsbes. Bauerntheater:
Wildes Blut.
Walhalla-Theater.
 8 1/2 Uhr: Aschenbrüdel.
 7 1/2 Uhr: Schiffslied Fritz Arco:
Das Musikantenmädcl.
Possen-Theater. 7 1/2
Des Löwen Erwachen
Ent oder weder
Hoffmann's Schmus.
 Freitag, den 26. Januar:
Zum 1. Male:
Der fliegende Holländer.
Der alte Wolf.

APOLLO THEATER
 Friedrichstr. 218, Ecke Kochstr.
 Anfang 7 Uhr 30 Minuten
 Der **Varieté-** Spiel-
 glänzende **Plan.**
 Dazu
Neptun auf Reisen
 Ausstattungsspeise i. 3 Bildern
 von Frz. Arnold u. Ernst Bach.
 Musik von Rudolf Nelson.
 Stürmische Heiterkeit!
 Prachtvolle Kostüme und
 Dekorationen.
 Sonntag 3 Uhr
 Nachmittags-Vorstellung.

Admiralspalast.
 Schlittschuhläufer - Ballett
 u. d. Oper „Der Prophet“
 und
Frau Fantasie.
 Vorzügl. Küche. Anfang 7 1/2.
Casino-Theater
 Lothringer Str. 37. Täglich 7 1/2 Uhr.
 Um 7 1/2 Uhr: Pantes Programm.
 Um 8 1/2 Uhr: Die Salagerpöffe
 einzig in Groß-Berlin

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
 Nou „Cabaret Feldgrau“
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Sonntag nachmitt. 3 Uhr:
Cabaret Feldgrau
 Ermäßigte
 Preise!

Zwei helle Berliner
 Berliner Dances — Berliner Figuren
 Sonntag 7 1/2 Uhr: Einer vom U-Boot.
Balast
 Anfang 7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2
„Berliner Bilder“
Otto Reutter
 u. d. große Januar-Programm.

Volgt-Theater.
 Sadstr. 56. Täglich: Sadstr. 56.
Der Geizige.
 Lustspiel in 5 Akten von Molière.
 Kassenöffn. 6 1/2 U. Anfang 7 1/2 U.

Flücherrhoiden
 schwind, schnell u. schmerzlos durch
Myrobalanum, sicher bewähr-
 teste Säuerl. Anwendung M. 2.50
 Otfalischel, Berlin 43 Eisenbahnstr. 4.

Berliner Konzerthaus.
 Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Heute: Gr. Konzert
 des Berliner Konzerthaus-Orchesters
 Leiter: Komponist Frz. v. Blon.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7 1/2 Uhr.
 An allen Wochentagen: Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt
 und voller Orchesterbesetzung.

Möbel
 Möbel gegen bar und Teil-
 zahlung verkauft preiswert D. Lehner,
 Brunnenstraße 7, Köpenickerstraße 171.
 Sonntag von 12-3 Uhr geöffnet.
Musikinstrumente
 Gramophone, Feldapparate, her-
 liche Tonfälle, Markt 23. — an 30000
 Schallplatten. Soeben erschienen alle
 Schallplatten der neuen Operetten. Ab-
 gepreist, auch Bruchstücke werden
 des Stück bis Markt 150 in Zahlung
 genommen. Weiterapparate billig!
 Phonographen - Satz, Organrepertoire,
 Weinmeisterstraße 2, Chaussee-
 straße 92, Große Frankfurterstraße 44,
 Neulöh, Hermannplatz 6, Berg-
 straße 4. 297/15

Verkäufe
Kohle, Alter, Mantelkleber,
 elegante Wäscheartikel, Wäsche-
 mittel, schwarze Frauenmäntel, un-
 präpariert z. Seidenmäntel, Gummi-
 mittel, Glaseröl, direkt aus
 Belgien. Wiener, Bismarckstr. 13 I.
 Sonntag geöffnet.
Warenangebote und Sommer-
paletts von 10 Markt sowie Spiel von
 4,00, Gehrodänge von 12,00,
 Pracht von 2,50, sowie für fertige
 Figuren. Neue Garderobe zu
 namend billigen Preisen, aus
 Handarbeiten ver-
 schiedene Sachen laut man an
 billigen bei Ros. Wladimirstr. 14.

Möbel
 Möbel gegen bar und Teil-
 zahlung verkauft preiswert D. Lehner,
 Brunnenstraße 7, Köpenickerstraße 171.
 Sonntag von 12-3 Uhr geöffnet.
Musikinstrumente
 Gramophone, Feldapparate, her-
 liche Tonfälle, Markt 23. — an 30000
 Schallplatten. Soeben erschienen alle
 Schallplatten der neuen Operetten. Ab-
 gepreist, auch Bruchstücke werden
 des Stück bis Markt 150 in Zahlung
 genommen. Weiterapparate billig!
 Phonographen - Satz, Organrepertoire,
 Weinmeisterstraße 2, Chaussee-
 straße 92, Große Frankfurterstraße 44,
 Neulöh, Hermannplatz 6, Berg-
 straße 4. 297/15

Kaufgesuche
 Ganz, Dienstmädchen laut höchst-
 zahlend „Phönix“-Drogerie, Frank-
 furter Allee 33. 6/15
 Paraffin, Kerzen laut höchst-
 zahlend „Phönix“-Drogerie, Frank-
 furter Allee 33. 6/14
 Firnis, Ständel laut höchst-
 zahlend „Phönix“-Drogerie, Frank-
 furter Allee 33. 6/15
 Kupol, Schellack laut höchst-
 zahlend „Phönix“-Drogerie, Frank-
 furter Allee 33. 6/16
 Kaufe alle Firnis, Schellack,
 Dienstmädchen, Paraffin ufm. Gable
 anerkannt höchste Preise. Road.
 Große Frankfurterstraße 25. 6/17
 Terpentinerlack laut Wollter,
 Thierstraße 6.
 Zahngebisse, Platinabfälle, Gram-
 m. 7,50, Stantolpapier, Retalle, höchst-
 zahlend. Silberbeschmelze Chromat,
 Silberbeschmelze 20a (gegenüber
 2. Antarkstr.)

Arbeitsmarkt
Stellenangebote
 Schlosser auf Bauarbeit ver-
 langt Ed. Nils, Tempelhof. 6082
 Geiger für Niederdruck sofort ge-
 sucht. Meldungen im Waldgüterhaus
 2. Jandorf u. Co., Belle-Alliance-
 straße 12.
 Buchhalter verlangt Dolz Jany
 u. Co., Schönberg, Eisenstr. 44.
 Arbeitsburichen verlangt: Ver-
 ein, Oranienstraße 39. 17945
 Mehrere Männer und Frauen
 auf Anziehen und Bechen verlangt
 Schächter, Wemelerstraße 40. 761
 Zeitungsfrauen verlangt Scharn-
 berg, Charlottenburg, Seidenstr.
 1.

Zivildienstpflicht!
 Einrichter, Kontrolleure, Vorarbeiter,
 Dreher, Schlosser
 werden sofort in größerer Zahl eingestellt.
 Porzellan-Industrie-Aktiengesellschaft Berghaus,
 Abteilung: Granaten in Anna I. Thür.

Geschäftsführer gesucht
 Die rasch aufstrebende Helmstättengenossenschaft
 in Jena (E. G. m. b. H.) sucht alsbald einen Geschäftsführer,
 der fachmännische Erfahrungen in der Verwaltung und Be-
 aufsichtigung eines größeren Häuserblocks besitzt und die
 Kassen- und Bureauarbeiten erledigt. Anfangsgehalt 2400 M.,
 das bei zufriedenstellenden Leistungen steigt. Bewerbungen
 mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften sind an Albert Rudolph,
 Helmstättenstr. 29, Jena, zu richten. 15/5*

ungelernte Arbeiter
 in größerer Zahl. Befehl wird bedingungslos vergütet. Arbeit-
 ugende wollen sich schriftlich oder mündlich melden an
Arbeitsnachweis
 der
Pulverfabrik Premnitz,
 Rathenow, Bahnhofstr. 22.

Arbeitsmarkt
Stellenangebote
 Schlosser auf Bauarbeit ver-
 langt Ed. Nils, Tempelhof. 6082
 Geiger für Niederdruck sofort ge-
 sucht. Meldungen im Waldgüterhaus
 2. Jandorf u. Co., Belle-Alliance-
 straße 12.
 Buchhalter verlangt Dolz Jany
 u. Co., Schönberg, Eisenstr. 44.
 Arbeitsburichen verlangt: Ver-
 ein, Oranienstraße 39. 17945
 Mehrere Männer und Frauen
 auf Anziehen und Bechen verlangt
 Schächter, Wemelerstraße 40. 761
 Zeitungsfrauen verlangt Scharn-
 berg, Charlottenburg, Seidenstr.
 1.

Sofort gesucht für meinen Bau auf der Gelschhofstr.
 Frauen (Schwäger, Bauarbeiter und Zimmerleute zum Ein-
 schaltung). Berlin-Halensee,
 Eisenbetonbau Gnlika, Kurfürstendamm 115, Umland 5299.

Geschäftsführer gesucht
 Die rasch aufstrebende Helmstättengenossenschaft
 in Jena (E. G. m. b. H.) sucht alsbald einen Geschäftsführer,
 der fachmännische Erfahrungen in der Verwaltung und Be-
 aufsichtigung eines größeren Häuserblocks besitzt und die
 Kassen- und Bureauarbeiten erledigt. Anfangsgehalt 2400 M.,
 das bei zufriedenstellenden Leistungen steigt. Bewerbungen
 mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften sind an Albert Rudolph,
 Helmstättenstr. 29, Jena, zu richten. 15/5*

Tüchtige Dreher
 für Präzisionsarbeiten bei gutem Lohn sofort gesucht.
 Für gute zeitgemäße Verpflegung ist durch Fabrikant gelorgt.
Deutsche Motoren Baugesellschaft m. b. H.
 Berlin-Mariensfelde, Straße 16.
 (Beermanns Industriestätte.) 2*

Zeitungsträgerin sofort ver-
 langt „Bismarck“-Spekulation Markt-
 straße 96.
Zeitungsträgerin sofort ver-
 langt „Bismarck“-Spekulation Tempel-
 hof, Roser-Blücherstraße 74, Ecke
 Bismarckstr.
Zeitungsträgerin mit Güte
 sofort verlangt „Bismarck“-Spekulation
 Pantan, Wollweberstraße 20.
Zeitungsfrauen für Herrnshöfen
 und Waldmannsruh sucht Kienast,
 Bergstraße, Mühlstr. 10.
Zeitungsträgerin verlangt
 „Bismarck“-Spekulation, Wollstr. 9.

Friseurgehilfen-Verband,
 Engelauer 14 III, Zimmer 59.
 Vermittlung nur noch 299/3
 abends von 6 bis 8 Uhr.
Kolonnenführer,
Revolvernier
und Schlosser
 für leichte Eisenkonstruktionen ver-
 langt sofort Hugo Achsenich,
 Fabrik für Eisenkonstruktionen, Berlin-
 Bismarck, am Bahnhof Eichhorn-
 straße.

Schmiede
 auf Heeresarbeiten (Gusschmiede und
 andere), Schirmer, Helfer
 (nur gelernte Schmiede), auch
 jüngere sowie garillondienst u.
 arbeitsverwendungs-fähige, für
 einfache, leichte Arbeiten bei hohem
 Lohn verlangt
Alex Herman,
 Pank-Str. 20.

Schmiede
 auf Heeresarbeiten (Gusschmiede und
 andere), Schirmer, Helfer
 (nur gelernte Schmiede), auch
 jüngere sowie garillondienst u.
 arbeitsverwendungs-fähige, für
 einfache, leichte Arbeiten bei hohem
 Lohn verlangt
 Berlin
Alex Herman, Tempelhof,
 Kaiser-Wilhelm-Str. 10/11.
Lagerarbeiter,
 fröhliche, gefucht, 40,—, 7/11
 F. Lüdecke, Papier en gros,
 Lindenstraße 16/17.
Schlosser
 für Bauhilfsarbeiten 17925
 verlangt bei hohem Lohn
 Herrmann, Königgrätzer Str. 40-41.
Sattler und Sattlerinnen
 besonders auf Brustblätter und Ge-
 schütze gefucht, sofort und dauernd
 gefucht. Militärattillerie (Gefurtz),
 17936
 Reubenburger Str. 7.